

GEFÄHRLICHE KONZEPTIONEN

**ALS SCHLAG
GEGEN DEN ISLAM
UND ZUR FESTIGUNG
DER WESTLICHEN KULTUR**

GEFÄHRLICHE KONZEPTIONEN

ALS SCHLAG
GEGEN DEN ISLAM
UND ZUR FESTIGUNG
DER WESTLICHEN KULTUR

**Dieses Büchlein ist von Hizb-ut-
Tahrir herausgegeben worden**

Erste Ausgabe

1998 n.Ch. – 1419 n.H.

بِسْمِ اللَّهِ الرَّحْمَنِ الرَّحِيمِ

﴿ يُرِيدُونَ أَنْ يُطْفِئُوا نُورَ اللَّهِ
بَأَفْوَاهِهِمْ وَيَأْبَى اللَّهُ إِلَّا أَنْ يُتِمَّ نُورَهُ
وَلَوْ كَرِهَ الْكَافِرُونَ ﴾ ﴿ هُوَ الَّذِي
أَرْسَلَ رَسُولَهُ بِالْهُدَىٰ وَدِينِ الْحَقِّ
لِيُظْهِرَهُ عَلَى الدِّينِ كُلِّهِ وَلَوْ
كَرِهَ الْمُشْرِكُونَ ﴾

(التوبة ٣٢ ، ٣٣)

**Im Namen Allahs des Erbarmungsvollen des
Barmherzigen**

**„Verlöschen wollen sie Allahs
Licht mit ihrem Munde, doch will
Allah allein sein Licht vollenden,
auch wenn es den Ungläubigen
zuwider ist. Er ist's, der seinen
Gesandten mit der Rechtleitung
und dem Din der Wahrheit entsandt
hat, um ihn über alle anderen
Glaubensordnungen obsiegen zu
lassen, auch wenn es den
Götzendienern verhasst ist.“**

(Al-Taubah 9, Aya 32 und 33)



Im Namen Allahs des Erbarmer-vollen des
Barmherzigen

Einleitung

Der Kampf zwischen Gut und Böse, zwischen Wahrheit und Lüge gehört zu den universellen Gesetzen des Lebens. Denn die Weisheit Allahs brachte es mit sich, dass der Kampf und das Ringen zwischen den Menschen zu jenen Faktoren zählen, die das Wahre und Gute zum Vorschein bringen und das Schlechte und Unwahre verschwinden lassen. So sagt Allah ﷻ :

﴿ وَلَوْلَا دَفَعُ اللَّهُ النَّاسَ بَعْضَهُمْ بِبَعْضٍ لَفَسَدَتِ الْأَرْضُ ﴾

"Und wenn Allah nicht die einen Menschen durch die anderen zurückgehalten hätte, dann wäre die Erde wahrhaftig von Unheil erfüllt."

(Sure Al-Baqara 2, Aya 251) Ferner sagt Er:

﴿ وَلَوْلَا دَفَعُ اللَّهُ النَّاسَ بَعْضَهُمْ بِبَعْضٍ لَهَدَمَتْ صَوَامِعُ وَبِيَعٌ
وَصَلَوَاتٌ وَمَسَاجِدُ يُذَكَّرُ فِيهَا اسْمُ اللَّهِ ﴾

"Und wenn Allah nicht die einen Menschen durch die anderen zurückgehalten hätte, dann wären gewiss Klöster, Kirchen, Synagogen und

Moscheen, in denen der Name Allahs oft genannt wird, niedergerissen worden. (Sure Al-Hagg 22, Aya 40)

Der Gesandte Allahs und seine ehrenhaften Gefährten haben eine intellektuelle Auseinandersetzung und einen politischen Kampf gegen die Götzendiener und die Ungläubigen durchgeführt, um den Islamischen Staat zu errichten, und anschließend neben der intellektuellen auch eine blutige Auseinandersetzung ausgefochten. Der Staat hat den Islam als Botschaft des Wohls und der Rechtleitung an alle Menschen herangetragen. Die Ungläubigen jedoch haben sich durchweg gegen den Staat verschworen, ob in Form materieller Kriegshandlungen, wie im Falle der Mongolen, der Kreuzfahrer und der Ungläubigen Spaniens, oder durch intellektuell-kulturelle Angriffe, wie Ketzer, Missionare und Orientalisten. All dies geschah, um das Kalifat als Exekutivorgan, mit dem Kalifen an der Spitze, zu zerstören.

Mit dem Ersten Weltkrieg wurde dies für die Ungläubigen Wirklichkeit. Sie zerstörten das Kalifat, zwangen den Kalifen ins Exil, zerstückelten die Länder der Muslime in schwache Kleinstaaten und implementierten dort die Ge-

setze des Unglaubens, in der Annahme, dadurch den Islam aus den Herzen der Muslime verbannt zu haben.

Doch die islamische Umma wurde durch das Wirken ihrer gläubigen, bewussten und aufrichtigen Söhne von Gefühlen des Aufstiegs erfasst. Die Staaten des Unglaubens mussten nun einsehen, dass die Stärke des Islam nicht bloß auf seinen Exekutivapparat beschränkt war und dass sie mit dem Gewinn einiger Muslime mit schwachem Charakter, deren Ideen sie mit westlichem Gedankengut verunreinigt hatten, ihre Wünsche nicht verwirklichen konnten.

Nach nochmaliger Überprüfung und erneuter Betrachtung kamen sie zu dem Schluss, dass die Stärke des Islam (und der Muslime) in seinem Überzeugungsfundament (*Aqida*) und in den daraus hervorgehenden Ideen verborgen liegt, was sie schließlich dazu veranlasste, ihre Pläne nochmals zu überdenken und weiterzuentwickeln. So übernahmen die ungläubigen Staaten die Aufgabe, dem Islam mit Hilfe ihrer staatlichen Apparate und ihrer Vasallen unter den Herrschern und Denkern den Todesstoß zu versetzen. Sie hofften dies durch die Zerstörung der islamischen *Aqida* in ihrer Funktion als po-

litische *Aqida* zu erreichen, um sie anschließend durch die [westliche] Überzeugungsgrundlage der Trennung von Religion und Leben zu ersetzen. Zu diesem Zweck begannen sie, bestimmte Ideen zu übernehmen und anzupreisen, wie Nationalismus, Sozialismus, Demokratie, politischen Pluralismus, Menschenrechte, Freiheiten und freie Marktwirtschaft, deren Falschheit und Gefährlichkeit wir bereits dargelegt haben¹.

Weitere Ideen wurden aufgeboten, denen auch Taten folgten, wie der interkulturelle und interreligiöse Dialog, das Argument von den "Nachkommen Abrahams" und nicht zuletzt die Diffamierung des Islam durch Bezeichnungen wie Terrorismus, Fundamentalismus und Extremismus. Aus diesem Grunde ist es unerlässlich, die wahren Hintergründe dieser Vorschläge und ihre Gefahr für die Umma aufzuzeigen, damit sie sich ihrer bewusst wird und dazu islamrechtlich Stellung beziehen kann. Dies ist umso wichtiger, nachdem die Rückkehr des Islam ins tägliche Leben – als globale Ideologie ebenso wie als politisches System, das vom Kalifat an

¹ Siehe das Buch: „Der amerikanische Feldzug zur Zerstörung des Islam“

die gesamte Menschheit getragen wird - eine unumstößliche Tatsache geworden ist, nicht nur für die aktiv tätigen Muslime, sondern auch für die islamische Umma sowie für die Islamgegner, die nicht davon ablassen werden, sich gegen diesen *Din*² und diese Umma zu verschwören.

Wir werden uns mit diesen Ideen auseinandersetzen, um sowohl ihre Falschheit als auch ihre Gefährlichkeit aufzudecken, jedoch nicht in ihrer Eigenschaften als Ideen, die verstanden, oder Zweifel, die ausgeräumt werden müssen, sondern als Teil der Machenschaften des ungläubigen Westens - angeführt von den USA, Großbritannien und Frankreich -, mit welchen sowohl dem Islam als auch den für die Wiedererrichtung des Kalifats aktiven Muslime und sogar dem künftigen Kalifatsstaat ein Schlag versetzt werden soll, wenn dieser mit Allahs Willen errichtet wird.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, diese Ideen und Machenschaften aufzudecken, so dass die Muslime realisieren, was man gegen sie und ihre Glaubensordnung im Schilde führt, damit

² Arab. Bezeichnung für Glaubens- und Lebensordnung

sie an dieser Glaubensordnung festhalten und die Arbeit zur Wiedererrichtung des Kalifats gemäß dem Prophetenplan tatkräftig aufnehmen. Damit folgen sie dem Beispiel des Gesandten Allahs, so dass mit ihrer Unterstützung das Kalifat wieder entsteht und nach dem regiert wird, was Allah herabgesandt hat.

﴿ هُوَ الَّذِي أَرْسَلَ رَسُولَهُ بِالْهُدَىٰ وَدِينِ الْحَقِّ لِيُظْهِرَهُ عَلَىٰ
الدِّينِ كُلِّهِ وَلَوْ كَرِهَ الْمُشْرِكُونَ ﴾

"Er ist's, der seinen Gesandten mit der Rechtleitung und dem Din der Wahrheit entsandt hat, um ihn über alle anderen Glaubensordnungen obsiegen zu lassen, auch wenn es den Götzendienern verhasst ist." (Sure al-Tauba 9, Aya 33)

Während wir diese Aufgabe, die Allah ﷻ uns auferlegt hat, vollziehen, sind wir definitiv überzeugt davon, dass die Hoffnungen der Ungläubigen, die gegen den Islam und die Muslime Ränke schmieden, bitter enttäuscht werden. Sie werden ihr Vermögen verlieren und ihr entfachtes Feuer wird erlischen.

﴿ إِنَّ الَّذِينَ كَفَرُوا يُنْفِقُونَ أَمْوَالَهُمْ لِيَصُدُّوا عَنْ سَبِيلِ اللَّهِ
فَسَيُنْفِقُونَهَا ثُمَّ تَكُونُ عَلَيْهِمْ حَسْرَةً ثُمَّ يُغْلَبُونَ وَالَّذِينَ كَفَرُوا
إِلَىٰ جَهَنَّمَ يُحْشَرُونَ ﴾

"Wahrlich, die Ungläubigen geben ihr Vermögen aus, um vom Weg Allahs abzuhalten. Sie werden es ausgeben, dann wird es ihnen Leid tun, dann werden sie besiegt." (Sure al-Anfal 8, Aya 36)

Der Terrorismus

Linguistisch gesehen ist das Wort „*Irhab*“ (Terrorismus) ein Nomen verbi, das vom Verb *arhaba* (einschüchtern, Furcht einflößen) abgeleitet wurde. Allah ﷻ sagt:

﴿ تَرْهَبُونَ بِهِ عَدُوَّ اللَّهِ وَعَدُوَّكُمْ ﴾

"[...] damit ihr Allahs Feind und euren Feind abschreckt (*turhibuna*)." (Sure *al-Anfāl* 8, Aya 60)

Inzwischen hat der Begriff jedoch eine neue, gebrauchsspezifische Bedeutung erhalten. So einigten sich der US-amerikanische und der britische Geheimdienst darauf, in einem 1979 eigens dafür anberaumten Kongress, dass Terrorismus folgendermaßen zu definieren sei: **"der Einsatz von Gewalt gegen zivile Einrichtungen zur Verwirklichung politischer Ziele"**.

Zahllose internationale Konferenzen und Seminare fanden daraufhin statt, denen neue Gesetzgebungen und Richtlinien folgten, um jene Handlungen zu definieren, die man als terroristisch bezeichnen kann, und die Art der Bewegungen, Gruppierungen und Parteien festzulegen, die dem Terrorismus zuzuordnen sind, sowie die Staaten festzumachen, die den Terroris-

mus unterstützen. Ihren Behauptungen zufolge sollten damit notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung und Eindämmung des Terrorismus ergriffen werden können.

Aus der Summe der damit zusammenhängenden Gesetze und Rechtsnormen wird allerdings deutlich, dass sie unpräzise und den politischen Strömungen jener Staaten unterworfen sind, die für diese Gesetze und Regeln verantwortlich zeichnen. Den Anschlag auf Indira Ghandi haben die USA beispielsweise als terroristischen Akt angesehen, während sie die Ermordung König Faisals oder Kennedys nicht als solchen betrachteten. Den Sprengstoffanschlag auf das Gebäude des FBI-Büros in Oklahoma bezeichneten sie zunächst als terroristischen, später aber lediglich als kriminellen Akt, nachdem sich herausstellte, dass hinter dem Attentat amerikanische Milizionäre steckten.

Die USA im Besonderen betrachten manche Bewegungen als völkische Widerstandsbewegungen, wie etwa die Rebellenorganisation Nicaraguas, die IRA und andere, und betrachten ihre Kämpfer im Falle einer Gefangennahme laut Zusatzprotokoll (1) der Genfer Konvention

von 1977 als Kriegsgefangene. Hingegen bezeichnen sie jede Bewegung, die US-amerikanischen Interessen oder denen ihrer Vasallen entgegensteht, als terroristisch und setzen ihren Namen auf jene Liste terroristischer Organisationen, die das US-Außenministerium regelmäßig herausgibt. Dazu zählen die meisten islamischen Bewegungen in Ägypten, Pakistan, Palästina, Algerien und anderswo.

Bereits in den Siebzigerjahren haben die USA beschlossen, eine öffentliche Meinung auf nationaler wie internationaler Ebene gegen den Terrorismus ihrer Sichtweise zu erzeugen sowie gegen jeden, den sie mit dem Terrorismus in Verbindung brachten. Sie benützten dazu jene Anschläge, die sich gegen zivile Ziele richteten. Dabei war es unerheblich, ob sie von solchen politischen bzw. militärischen Bewegungen ausgeübt wurden, die in keiner Verbindung zu den USA standen, oder von Gruppierungen, die sehr wohl mit dem US-Geheimdienst verknüpft waren. Aus mehreren Untersuchungsberichten geht hervor, dass hinter Aktionen, die als terroristisch eingestuft wurden, CIA-Leute steckten, wie im Falle der Entführung des TWA-Flugzeugs in Beirut Anfang der Achtzigerjahre.

Auch nutzten die USA den Sprengstoffanschlag auf die US-Basis *Al-Hubar*, um vierzig Empfehlungen zur Terrorismusbekämpfung der G7-Konferenz, die 1996 in Paris stattfand, vorzulegen. Später nutzten sie auch den Sprengstoffanschlag auf das World Trade Center in New York sowie auf das FBI-Gebäude, um - noch vor Ergreifung der wahren Täter - ein Antiterrorgesetz zu verabschieden, das 1997 vom amerikanischen Senat genehmigt wurde.

Gemäß diesen Empfehlungen und Antiterrorgesetzen sind die USA in der Lage, jede Person an jedem beliebigen Ort zu verfolgen, die verdächtigt wird, in Zusammenhang mit dem Terrorismus zu stehen. Sie haben das Recht, diese Person zu verhaften, zu verschleppen und nach ihrem Ermessen zu bestrafen, sei es durch Gefängnishaft oder durch Aufhebung und Entzug des Aufenthaltsrechts bzw. der Staatsbürgerschaft, ohne dem Verdächtigen das Recht auf Selbstverteidigung oder auf ein Zivil- oder Geschworenengericht zu gewähren.

Darüber hinaus sind die USA dazu übergegangen, den Terrorismusbegriff auch auf jene Länder auszudehnen, die sich amerikanischen

Interessen entgegenstellen, wie Nordkorea, China, den Irak und Libyen sowie auf viele islamische Bewegungen, wie Jihad, Hamas, die Djamā'a Islamiyya in Ägypten und die FIS in Algerien. Dabei erwiesen sich die Anschläge auf die Juden in Palästina und die Ausschreitungen in Algerien nach Aufhebung der Parlamentswahlen durch das Militär als dienlich.

Gemäß diesen Gesetzen, Beschlüssen und Empfehlungen sind die USA in der Lage, jeden zu verfolgen und jedem einen Schlag zu versetzen, den sie des Terrorismus bezichtigen, gleichgültig, ob es sich um eine Einzelperson, eine Organisation, eine Partei oder einen Staat handelt. Dabei bedienen sie sich ihrer militärischen Stärke ebenso wie ihres politischen Einflusses, um im Falle des Letzteren ein Wirtschaftsembargo durchzusetzen, wie im Beispiel des Irak oder Libyens. Ihr Ex-Außenminister Shultz brachte dies folgendermaßen zum Ausdruck: "Die Terroristen können versuchen, so weit wie möglich zu fliehen, doch sie werden nicht in der Lage sein, sich zu verstecken."

Folglich ist das von den USA verbindlich gemachte Antiterrorgesetz eines der strategischen

Waffen, mit denen sie ihre Kontrolle über die Welt festigen wollen, besonders über jenen Teil davon, in dem die Bereitschaft zur Rebellion gegen die amerikanische Politik vorhanden ist.

Nachdem nun die USA nach dem Zusammenfall des Kommunismus den Islam zu ihrem Feind auserkoren haben, werden die islamischen Länder als die wichtigsten Gebiete betrachtet, in denen die USA das Antiterrorgesetz zum Einsatz bringen wollen, um ihren dortigen Einfluss auszudehnen und ihre Kontrolle über diese Länder aufrechtzuerhalten. Denn die Muslime haben begonnen, den Weg des Aufstiegs zur Wiedererrichtung des Kalifatsstaates zu beschreiten, von dem die USA und die anderen Staaten des Unglaubens wissen, dass er als einziger in der Lage wäre, die kapitalistische Ideologie zu zerstören, die von den USA angeführt wird.

Daher existiert heute kaum eine islamische Bewegung, die nicht der Gefahr ausgesetzt ist, von den USA als terroristisch eingestuft zu werden. Von dieser Bezeichnung sind auch die politischen Bewegungen und Parteien nicht ausgenommen, die keine materiellen Handlungen zur

Verwirklichung ihrer Ziele einsetzen. Die USA betrachten die Aktivität jeder Bewegung, jeder Partei und jedes Staates, die zur Rückkehr zum Islam aufrufen, als terroristisch und völkerrechtswidrig. Infolge dessen ist es ihnen mit Hilfe dieser Rechtfertigung und durch die Vorgaben, zu denen sie die unterzeichnenden Staaten des Antiterrorgesetzes verpflichtet haben, möglich, die Kräfte dieser Staaten unter ihrer Führung zu mobilisieren, um einer spezifischen Bewegung, einer spezifischen Partei oder einem spezifischen Staat einen schweren Schlag zu versetzen.

Da die Muslime für die Errichtung des Kalifates arbeiten und eine direkte Zielscheibe für die Politik des angeblichen Antiterrorkampfes darstellen, ist es für sie nunmehr zur Pflicht geworden, sowohl die islamische als auch die internationale Öffentlichkeit über die wahren Hintergründe der so genannten Antiterrorgesetze aufzuklären. Die Öffentlichkeit muss ebenfalls über die Wahrheit der US-Politik aufgeklärt werden, die darauf abzielt, die Welt mit Hilfe dieser Gesetze zu dominieren, und auch darüber, dass die USA hinter vielen terroristi-

schen Aktionen in der Welt standen, auch wenn sie die Namen von Muslimen trugen.

Zudem sind die Muslime dazu verpflichtet, den Islam in ihren Taten und Handlungsweisen zu repräsentieren. Denn der Islam hat eine eigene Methode zur Verwirklichung von Bestrebungen und Zielen. Dazu gehört das Tragen der islamischen Botschaft zur Wiederaufnahme der islamischen Lebensweise durch die Wiedererrichtung des Staates des Kalifats. Die Einhaltung dieser Methode, die auf der intellektuellen Auseinandersetzung und dem politischen Kampf beruht und von der Anwendung materieller Handlungen grundsätzlich absieht, bedeutet die Einhaltung der gesetzlichen Methode, die der Islam fordert. Es handelt sich weder um Furcht noch um Flucht vor der Bezeichnung "Terrorismus".

Die Muslime sind außerdem dazu verpflichtet darzulegen, dass die Tätigkeit des Islamischen Staates nach seiner Gründung an das islamische Recht gebunden ist, ob im Inneren durch die Wahrnehmung der Angelegenheiten und die

Anwendung der *Hudud*³ oder im Äußeren durch das Herantragen des Islam an alle Menschen mit Hilfe des *Jihad* und die Beseitigung der materiellen Hindernisse, welche die Umsetzung des Islam verhindern.

Des Weiteren muss verdeutlicht werden, dass die Umsetzung des Islam durch die Muslime sowohl auf sich als auch auf die Andersgläubigen nicht auf ihrer persönlichen Neigung basiert oder der Verwirklichung bestimmter Interessen dient, sondern aus Gehorsam gegenüber den Befehlen Allahs erfolgt. Der Mensch, Leben und Universum erschuf und vom Menschen fordert, sein Leben nach den Gesetzen des Islam zu regeln, den Er Muhammad, seinem Gesandten, offenbarte.

So ist die durch die USA und andere Staaten entstandene Umschreibung des Islam als "terroristisch" sowie die Bezeichnung der Muslime als "Terroristen" tendenziös. Sie widersprechen sowohl der Realität als auch dem, was Allah mit dem Islam bezweckte. Allah sagt:

³ Von Gott festgelegte Strafen für gewisse Vergehen

﴿ وَمَا أَرْسَلْنَاكَ إِلَّا رَحْمَةً لِّلْعَالَمِينَ ﴾

"Und Wir sandten dich nur als Barmherzigkeit an die Weltenbewohner." (Sure *al-Anbiyaa* '21, Aya 107) Auch sagt Er:

﴿ وَنَزَّلْنَا عَلَيْكَ الْكِتَابَ تِبْيَانًا لِّكُلِّ شَيْءٍ وَهُدًى وَرَحْمَةً
وَبُشْرَىٰ لِّلْمُسْلِمِينَ ﴾

"Und Wir haben das Buch zu dir herabgesandt, erklärend für alle Dinge und als Rechtleitung, Barmherzigkeit und Frohbotschaft für die Muslime." (Sure *al-Nahl* 16, Aya 89)

Diese Barmherzigkeit wird durch die Umsetzung der islamischen Gesetze verkörpert, ohne Unterschied zwischen Gebet und Jihad, zwischen Bittgebet und Einschüchterung des Feindes, zwischen Zakat und Handabschlagen des Diebes und zwischen der Hilfe eines Notleidenden und der Tötung jener, die sich an den Untastbarkeiten (Hurumat) der Muslime vergreifen. Dies alles gehört zu den *Ahkam shar'iyya*, den islamischen Rechtsprüchen. Der Muslim bzw. der Staat erfüllt jeden davon in der jeweiligen Situation und zur vorgesehenen Zeit.

Der interreligiöse Dialog

Die Einladung (*Da'wa*) der Nichtmuslime zum Eintritt in den Islam ist eine Sache, die Allah den Muslimen vorgeschrieben hat. Vierzehn Jahrhunderte lang kamen die Muslime dem nach und tun dies noch immer, gleichgültig, ob es um „Schriftbesitzer“⁴ oder um andere Nichtmuslime geht. Allah, der Erhabene, befiehlt:

﴿ اذْعُ إِلَى سَبِيلِ رَبِّكَ بِالْحِكْمَةِ وَالْمَوْعِظَةِ الْحَسَنَةِ وَجَادِلْهُمْ بِالَّتِي هِيَ أَحْسَنُ ﴾

"Rufe auf zum Weg deines Herrn mit Weisheit und schöner Ermahnung und disputiere mit ihnen auf die beste Art." (Sure *al-Nahl* 16, Aya 125)

Der Gesandte schrieb in seinem Brief an Heraklios, dem römischen Imperator:

«... فاني ادعوك بدعاية الاسلام، اسلم تسلم، يؤتك الله أجرك مرتين، فان توليت فعليك اثم الأريسيين ...»

"[...] Wahrlich, so richte ich den Aufruf des Islam an dich. Nimm den Islam an, dann bist du sicher und Allah wird dir dafür den zweifachen Lohn geben. Wendest du dich jedoch ab, so liegt die Sünde der Gefolgschaft auf dir [...]."

⁴ *Ahl al-Kitab*, Bezeichnung für Juden und Christen

Unsere *Da'wa* an die Nichtmuslime ist somit eine Einladung, den Islam aus Überzeugung anzunehmen und sich vom Unglauben abzuwenden.

Was jedoch die Idee des interreligiösen Dialogs betrifft, die gegenwärtig propagiert wird, so handelt es sich dabei um eine hinterlistige und fremdartige Idee des Westens, die keine Grundlage im Islam besitzt. Denn sie ruft zur Schaffung von Gemeinsamkeiten zwischen den Religionen auf, ja sogar zur Bildung einer neu fabrizierten Religion, welche die Muslime anstelle des Islam annehmen sollen. Immerhin sind es die westlichen *Kuffar*⁵, die diese Idee hervorgebracht haben und propagieren.

International hatte die Idee 1932 ihren Anfangspunkt, als Frankreich zwei Repräsentanten seines Landes entsandte, um mit al-Azhar-Vertretern⁶ Gespräche über die Idee einer Vereinheitlichung der drei Weltreligionen Islam, Christentum und Judentum zu führen. Es folgte 1933 die Konferenz von Paris, an der Missionare und Orientalisten aus den Universitäten

⁵ Allgemeine Bezeichnung für Nichtmuslime im Islam

⁶ Vertreter der al-Azhar-Universität in Kairo

Frankreichs, Englands, der Schweiz, der USA, Italiens, Polens, der Türkei und anderer Länder teilnahmen. 1936 fand die letzte Konferenz der Weltreligionen vor Beginn des Zweiten Weltkrieges statt, der die Europäer an der Abhaltung weiterer Konferenzen hinderte.

1964 gab Papst Paul VI. schließlich ein Schreiben heraus, worin er zum Dialog zwischen den Religionen aufrief. 1969 veröffentlichte der Vatikan ein Buch mit dem Titel **"Leitfaden für einen Dialog zwischen Christen und Muslimen"**.

In den Siebziger- und Achtzigerjahren des zwanzigsten Jahrhunderts gab es mehr als 13 Zusammenkünfte und Konferenzen zum interreligiösen und interkulturellen Dialog. Hervorstechend waren die zweite Weltkonferenz für Religion und Frieden in Belgien, an der 400 Vertreter der verschiedenen Weltreligionen teilnahmen, sowie die Konferenz von Cordoba in Spanien, bei der Vertreter der Muslime und Christen aus 23 Ländern anwesend waren. Beide fanden 1974 statt. 1979 kam es zu einem christlich-islamischen Treffen im tunesischen Kartago.

In den Neunzigerjahren des 20. Jahrhunderts verstärkten sich die Aktivitäten der Verfechter des interreligiösen Dialogs. So beriefen sie 1993 die Europäisch-Arabische Konferenz in Amman ein und im folgenden Jahr die Konferenz von Khartoum zum interreligiösen Dialog. 1995 fanden weiterhin zwei Konferenzen zum Dialog in Stockholm und Amman statt. Ihnen folgte 1996 die Konferenz "Der Islam und Europa" in der Ahl-al-Bait-Universität in Jordanien.

Die Rechtfertigungen für den Dialog

Eine der charakteristischsten Rechtfertigungen für den interreligiösen Dialog, welche die Konferenzteilnehmer vorbrachten, bestand darin, dem Unglauben und dem Atheismus entgegenzuwirken, den ehemals die Sowjetunion verkörperte. So stelle der Kommunismus [gemäß ihrer Behauptung] den Atheismus dar, der alle Offenbarungsreligionen und ihre kulturellen Erregenschaften bedrohe. Des Weiteren beweineten sie den Humanismus und gaben vor, die Gläubigen in aller Welt verteidigen zu wollen. Bei der Suche nach der Wahrheit wird diese relativiert, ohne dass jemand den alleinigen An-

spruch darauf hätte. Sie unterstehe vielmehr dem demokratischen Prozess, wo die Meinung der Mehrheit näher an der Wahrheit liege.

Die Empfehlungen der Konferenzteilnehmer

Zu den wichtigsten Empfehlungen der Konferenzen, die im Namen des interreligiösen und interkulturellen Dialogs sowie des Dialogs zwischen dem Islam und Europa abgehalten wurden, gehörten:

- Die Schaffung neuer Bedeutungen und Horizonte für die Begriffe "Unglaube"⁷, "Atheismus", "Polytheismus", "Glaube", "Islam", "moderat", "Extremismus" und "Fundamentalismus", damit diese Begriffe keinen Unterscheidungsfaktor mehr zwischen den Angehörigen der unterschiedlichen Religionen darstellen.
- Die Schaffung gemeinsamer Elemente zwischen den drei Religionen, die das Glaubensfundament, die Ethik und die Geistesbildung betreffen, sowie die Hervorhebung der

⁷ arabisch: *Kufr*

positiven Gemeinsamkeiten zwischen den Religionen und Kulturen, da alle Besitzer der Schrift als Gläubige gelten und Gott verehren.

– Die Ausformulierung eines gemeinsamen Dokumentes der Menschenrechte, um Frieden und Koexistenz zwischen den Anhängern der verschiedenen Religionen zu ermöglichen. Dies soll durch die Eliminierung des Gefühls bestehender blutiger Grenzen zwischen den Religionen erreicht werden sowie durch die Beseitigung der Konzeption von Feindschaft in den Kulturen der Völker und in der Politik der Staaten.

– Die Neuformulierung der Geschichte und der Lehrpläne, frei von Aufwiegelei und Hass. Die religiöse Ausbildung soll als Teil einer grundlegenden humanistischen Bildung betrachtet werden, die auf die Heranbildung einer Persönlichkeit zielt, die sich offen gegenüber menschlichen Kulturen zeigt und dem anderen Verständnis entgegenbringt. Deswegen soll das Studium einiger Glaubensartikel und gottesdienstlicher Handlungen in den Hintergrund treten.

- Das besondere Interesse soll folgenden Sachverhalten gelten, wofür einheitliche Konzepte formuliert werden sollen: Gerechtigkeit, Frieden, Frauenrechte, Menschenrechte, Demokratie, Arbeitsethik, Pluralismus, Freiheit, Weltfrieden, friedliche Koexistenz, kulturelle Offenheit, Zivilgesellschaft usw.

Die Mittel und Formen interreligiösen Dialogs

Nachdem die westlichen *Kuffar*⁸ darin scheiterten, die Muslime durch den Einsatz von Missionaren und Orientalisten von ihrer Glaubensüberzeugung (*Aqida*) abzubringen, und weder durch kulturelle Veröffentlichungen noch mit Hilfe intellektueller, politischer oder medialer Irreführung darin Erfolg hatten, bedienten sie sich der staatlichen Behörden in ihren Ländern und in den Ländern ihrer Vasallen. Man begann Konferenzen und Kongresse abzuhalten, kollektive Arbeitsgruppen zu bilden und Studieninstitute sowohl in den eigenen als auch in den Ländern der Muslime zu gründen, wie das Oxford-Institut für Islamstudien, das Zentrum für

⁸ Allgemeine islamische Bezeichnung für Nichtmuslime; Ungläubige

Nahoststudien der britischen Durham-Universität, das amerikanische College des Heiligen Kreuzes, der Weltislamrat, das Königliche Zentrum für Studien der islamischen Kultur, die *Ahl-al-Bait* - Universität, der Weltkirchenrat usw.

Gezielt verwenden sie wohlklingende, pauschale Begriffe und Ausdrücke, deren Bedeutung nicht klar definiert ist, um zu verwirren und zu täuschen, wie etwa "Erneuerung", "Weltoffenheit", "menschliche Kultur", "universelle Wissenschaften", "die Notwendigkeit einer friedlichen Koexistenz", "die Ablehnung von Fanatismus und Extremismus", "Globalisierung" usw.

Sie vermischten die beiden Begriffe "Wissenschaft" (*ʿIlm*) und "Geistesbildung" (*Thaqafa*) sowie "Kultur" (*Hadara*) und "Zivilisation" (*Madaniyya*), um ihre Attacken zu rechtfertigen, die sie gegen diejenigen richteten, die an ihrer eigenen Lebensanschauung festhielten. Sie bezichtigten sie als Gegner der Wissenschaft und der aus ihr hervorgehenden Zivilisation und warfen ihnen vor, reaktionär und rückständig zu sein, obgleich der Fall im Islam ganz anders liegt.

Denn der Islam öffnet seine Tore sehr wohl für Wissenschaft und Zivilisation, die aus ihr hervorgeht. Er hält seine Tore jedoch vor jeder Kultur und Geistesbildung verschlossen, die nicht die des Islam ist. Denn hierbei geht es um Ideen und Konzeptionen, die mit der Handlungsweise des Menschen zusammenhängen, und gerade die müssen von den islamischen Lebenskonzepten geleitet sein.

Den Muslimen wurden manche kapitalistischen Ideen in verzierter Form präsentiert, so dass sie den Anschein erweckten, sie würden mit dem Islam konform gehen. Einige Muslime gingen so weit anzunehmen, diese Ideen hätten sogar ihren Ursprung im Islam, wie Demokratie, Freiheit, politischer Pluralismus, Sozialismus usw., während einige islamische Ideen als zivilisationsfeindlich und unzeitgemäß verunglimpft wurden, wie der *Jihad*, die *Hudud*⁹, die Mehrehe und andere islamische Rechtssprüche.

Das Studium der islamischen Offenbarungstexte wurde der kapitalistischen Denkmethode

⁹ von Gott im Islam festgelegte Strafen für gewisse Vergehen, so genannte „Grenzstrafen“

unterworfen, in der die Realität als Quelle anstatt als Gegenstand des Rechtsspruches betrachtet wird und wo der Nutzen anstelle von Erlaubtem (*Halal*) und Verbotenem (*Haram*) als Maßstab für die Annahme oder Ablehnung eines Rechtsspruches herangezogen wird. Dies hat einige Muslime dazu veranlasst, zum Verständnis des Islam neue Prinzipien zu entwerfen, die sich auf keine islamischen Textquellen stützen. Dazu gehören die so genannte "Rechtswissenschaft der Realität" (*Fiqh al-Waqf*), die „Rechtswissenschaft der Abwägungen“ (*Fiqh al-Muwazanat*), das Rechtsprinzip "Notwendigkeiten erlauben Verbote“ (*al-Darurat tubih al-Mahthurat*) und andere. Die Verwässerung einiger islamischer Gesetze war die Folge, so dass Fremdes nicht mehr vom Ursprung und *Kufr* nicht mehr vom Islam zu unterscheiden war. So wurde *Riba* (Zinsnahme) für erlaubt erklärt und der Märtyrertod als Selbstmord angesehen.

Die *Kuffar*, die über den Dialog wachen, sind nun dabei, den Audienzrahmen zu öffnen und auszudehnen. Er soll nicht länger den Fachteilnehmern der Konferenzen und Kongresse vorbehalten bleiben, sondern alle Teile der Gesellschaft einbeziehen, Männer wie Frauen, Intel-

lektuelle wie Arbeiter. Dies soll über den Weg der Schulen, der Universitäten, der Lehrinstitute, der Parteien und der Verbände erreicht werden. Der Beschreibung einiger Konferenzteilnehmer zufolge stellt der Dialog einen kulturellen Anschluss an den Westen dar, unter anderem im Bereich der Wirtschaft, des sozialen Lebens, der Politik und der Bildung. Laut ihrer Behauptung bedeutet Kapitalismus Menschlichkeit (!) und Vernunft, Demokratie und Freiheit; er stellt die moderne, erfolgreiche Kultur dar. Der Islam hingegen sei blinde Nachahmung, Despotismus und verblichenes Erbe. Er verkörpere Theokratie, Sklaverei und Mehrehe und sei daher eine unzivilisierte Religion.

Zu den auf Muslime abgezielten Verblendungsmethoden bei solchen Konferenzen gehört, die Anhänger anderer Glaubensrichtungen wie Hindus, Buddhisten, Sikhs etc. ... zusammen mit den Muslimen, Christen und Juden einzuladen, wie etwa am Weltkongress für Religion und Frieden in Japan und an der Konferenz von Beirut 1970, damit die Muslime nicht glauben, sie seien die einzige Zielgruppe des Dialogs. Wie können die so genannten Gelehrten der Muslime nur zulassen, dass der Islam

auf die gleiche Stufe gestellt wird wie der Buddhismus und andere Religionen?

Der wahre Standpunkt des Westens zum Islam

Der Westen, der zum Dialog mit den Muslimen aufruft und die Dialogkonferenzen leitet, betrachtet den Islam als Feind. Diese Betrachtungsweise ist die Antriebsfeder für den Dialog, sie beherrscht und kontrolliert ihn. So steht in der französischen Kulturenzyklopädie - einem Nachschlagewerk für jeden Forscher -, dass der Gesandte Muhammad ﷺ **"ein Mörder, Hochstapler, Frauenentführer und der größte Feind der menschlichen Vernunft ist"**. Ebenso weisen die meisten Schulbücher in Westeuropa dem Gesandten Muhammad wie auch dem Islam und den Muslimen die übelsten Attribute zu. In seinem Buch **"Das Ende der Geschichte"** sagt der amerikanische Denker Fukuyama: "Die kapitalistische Ideologie ist die endgültige Erlösung für die Menschen auf Erden. Doch der Islam – trotz seiner Schwäche und Spaltung – stellt eine Bedrohung für diese neue siegreiche Religion (d.h. den Kapitalismus) dar." Der ehemalige NATO-Generalsekretär Willy Claes sieht "den fundamentalistischen Islam als die

Gefahr, die die Geopolitik der Zukunft bedroht". Der Orientalist Bernard Lewis äußert sich über den Islam und den Kapitalismus folgendermaßen: "Sie sind zwei Gegensätze, die keinen Raum für einen gegenseitigen Dialog zulassen." Samuel Huntington, Professor für Politikwissenschaft an der amerikanischen Harvard-Universität und dortiger Leiter des John-M.-Olin-Institutes für Strategische Studien sagt: "Der Zusammenprall der Kulturen wird die Außenpolitik dominieren. Die Trennlinien zwischen den Kulturen werden auch gleichzeitig die Frontlinien der Zukunft sein." Weiter sagt er: "Die Religion unterscheidet scharf und eindeutig zwischen den Menschen. Denn eine Person kann halb Franzose, halb Araber sein [...], es ist jedoch schwierig, dass jemand halb Katholik und halb Muslim ist [...]"

Um was für einen Dialog handelt es sich also, zu dem sie uns in Anbetracht dieser Feindseligkeit einladen?

Zieht man zu diesen Äußerungen noch die feindseligen Unternehmungen hinzu, die vom Westen gegen den Islam und die Muslime geführt wurden, wie die Kreuzzüge, die Ausrot-

tung der Muslime Spaniens, die Zerstörung des Kalifats und die anschließende Gründung des jüdischen Staates in Palästina sowie die Bezeichnung des Islam und der islamischen Bewegungen als terroristisch-extremistisch, dann werden uns die Bedeutung und Ziele des Dialogs, den der ungläubige Westen mit den Muslimen führen will, bewusst.

Die Ziele des Dialogs

Die Kapitalisten verfolgen mit dem interreligiösen und interkulturellen Dialog ein Hauptziel, nämlich die Verhinderung einer Rückkehr des Islam als System ins tägliche Leben, da dies das Fortbestehen ihrer Ideologie und Kultur bedrohen und ihre Interessen sowie ihren Einfluss zerstören würde.

Was die sekundären Ziele betrifft, die dem Hauptziel dienen sollen, so sind sie vielfältig.

Sie sind bestrebt, der Welt und insbesondere den von Muslimen bewohnten Ländern den Stempel der kapitalistischen Kultur aufzudrücken, damit diese die Stelle der islamischen Kultur einnimmt und es den Kapitalisten vereinfacht wird, die islamische Geistesbildung

aus den Köpfen der Muslime zu tilgen. Erreichen wollen sie dies durch den Versuch, das Vertrauen der Muslime in die islamische Geistesbildung und in ihre Quellen und Grundlagen ins Wanken zu bringen. Der Islam soll in der Schlacht des Kulturkampfes neutralisiert werden, indem er seiner wichtigsten Besonderheit beraubt wird, welche ihn von allen anderen Religionen unterscheidet: der Politik. Durch sie wird das Kalifat errichtet, damit die Angelegenheiten der Bürger durch die Gesetze des Islam betreut werden und der Islam an alle Menschen herangetragen wird.

Ihre Bestrebungen laufen darauf hinaus, die muslimische Persönlichkeit neu zu formen, so dass der Muslim keinen Anstoß mehr daran nimmt, Pflichthandlungen zu unterlassen und Verbotenes auszuführen. Zudem soll der islamische Geschmack bzw. seine Empfindsamkeit zerstört und der Eifer für den Islam ausgelöscht werden, so dass der Muslim keinen Hass mehr gegen die *Kuffar* und den *Kufr* hegt und weder zum Rechten aufruft noch das Unrecht anprangert. Dadurch würden sie es schaffen, die kulturelle Immunität in der islamischen Umma zu zerstören, mit der sie sich gegen jedes fremde

Eindringen zur Wehr setzte. Und es gelänge ihnen, die intellektuellen und emotionalen Barrieren, die die kulturelle Existenz des Kapitalismus in den Ländern der Muslime bedrohen, zu beseitigen. Damit wäre die Aufrechterhaltung ihres Einflusses und ihrer Interessen für sie ein Leichtes und ihr Verbleib wäre dauerhaft gesichert.

Hinter diesem Dialog, den die Ungläubigen und ihre Vasallenherrscher in den muslimischen Ländern mitsamt ihrer Gefolgschaft aus „Gelehrten“ und Denkern lenken, steckt die Absicht, eine neue Religion für die Muslime zu kreieren: eine Religion, die auf der Überzeugungsgrundlage der Trennung von Religion und Leben beruht, infolge dessen der Mensch sich selbst zum Gesetzgeber an die Stelle Allahs, des Schöpfers der Menschheit, erhebt. Sie entsprechen damit den Worten Allahs:

﴿ وَلَا يَزَالُونَ يُقَاتِلُونَكُمْ حَتَّىٰ يَرُدُّوكُمَّ عَنْ دِينِكُمْ إِنِ اسْتَطَاعُوا ﴾

"Und sie werden nicht ablassen, gegen euch zu kämpfen, bis sie euch von eurem Glauben abbringen, wenn sie dazu imstande wären." (Sure al-Baqara 2, Aya 217) sowie den Worten:

﴿ وَلَنْ تَرْضَىٰ عَنْكَ الْيَهُودُ وَلَا النَّصَارَىٰ حَتَّىٰ تَتَّبِعَ مِلَّتَهُمْ ﴾

"Die Juden und Christen werden dir nicht eher wohlgesonnen sein, bis du ihrem Glauben folgst." (Sure *al-Baqara* 2, Aya 120)

Angesichts der Tatsache, dass das islamische Überzeugungsfundament (*Aqida*) die Grundlage der islamischen Kultur bildet bzw. das kapitalistische Überzeugungsfundament (*Aqida*) die Basis der kapitalistischen Kultur darstellt und eine Verschmelzung beider undenkbar ist, besteht der Zweck des vom ungläubigen Westen geführten Dialogs darin, die Muslime zum Verzicht auf die islamischen Konzeptionen zugunsten der kapitalistischen zu bewegen. Denn ihnen ist genau bewusst, dass Gegensätze unvereinbar sind.

Daher stellt der Dialog zwischen den Religionen und Kulturen zur Schaffung von Gemeinsamkeiten und einer neuen menschlichen (Einheits-)Kultur eine Illusion dar. Vielmehr ist die intellektuelle Auseinandersetzung zwischen den Religionen und Kulturen unumgänglich, um das Richtige vom Falschen, das Schöne vom Hässlichen und das Gute vom Schlechten zu erkennen.

﴿ فَأَمَّا الرِّيدُ فَيَذْهَبُ جُفَاءً وَأَمَّا مَا يَنْفَعُ النَّاسَ فَيَمْكُثُ فِي
الْأَرْضِ ﴾

"Was den Schaum angeht, so vergeht er wie Blasen, was den Menschen aber von Nutzen ist, das verweilt auf Erden." (Sure *al-Ra'ad* 13, Aya 17)

Der Dialog, den sie hingegen propagieren, ist ein unilateraler Dialog, geführt von den Gegnern des Islam, die bestrebt sind, den Islam, die islamische Kultur und die islamische Umma zu vernichten. Für die Muslime ist es unabdingbar, sich das gleichwertige Rüstzeug der Auseinandersetzung in vollständiger Weise anzueignen. Dies besteht in der Wiedererrichtung des Kalifats, das neben der intellektuellen auch die materielle Auseinandersetzung führen wird, um die erhabene islamische Kultur zu verbreiten, die den Platz der falschen, verdorbenen Kulturen einnehmen wird.

Die Rede von den Nachkommen Abrahams

Diese Aussage entstand zur Unterstützung des Dialogs zwischen den drei Religionen, zurückgehend auf die Tatsache, dass die drei Offenbarungsreligionen von den Propheten Mu-

hammad, Jesus und Moses – Friede sei mit ihnen - überbracht wurden und sie alle von einem Vater abstammen, nämlich Abraham, Friede sei mit ihm. Deshalb ist es den Anhängern dieser Religionen eine Pflicht, friedlich zusammenzuleben, da sie sowohl genealogisch als auch religiös einen gemeinsamen Ursprung haben.

Auf der anderen Seite dient diese Aussage dem so genannten Friedensprozess und der Normalisierung der Beziehungen mit den Juden, um ein Kapitel in der westlich-jüdischen Verschwörungsserie gegen den Islam und die Muslime, nämlich den Raub von Palästina und der al-Aqsa-Moschee und das Rammen eines giftigen Dolchs ins Herz der islamischen Umma, zu besiegeln. Darüber hinaus soll damit die gemeinsame Beteiligung der Juden, Christen und Muslime an der religiösen Hoheit über der Stadt Jerusalem gerechtfertigt werden, in der sich ihre Heiligtümer befinden, und zwar in ihrer gemeinsamen Betrachtung als Gottergebene, die alle einer einzigen Religion angehören, nämlich der Religion Abrahams, dem Stammvater der Propheten.

Um die Fehlerhaftigkeit dieser Aussage aufzuzeigen und sie zu widerlegen, müssen drei Aspekte verdeutlicht werden:

1. Sprachlich: Der Ausdruck "aslama" bedeutet linguistisch "sich fügen". Im Koran wird er in dieser Bedeutung in den Prophetengeschichten und bei der Beschreibung der Prophetenanhänger, die sich dem Befehl Allahs fügten, gebraucht. In der Wiedergabe der Worte Noahs, der zeitlich vor Abraham lebte, sagt Allah:

﴿فَإِنْ تَوَلَّيْتُمْ فَمَا سَأَلْتُكُمْ مِنْ أَجْرٍ إِنْ أَجْرِيَ إِلَّا عَلَى اللَّهِ
وَأُمِرْتُ أَنْ أَكُونَ مِنَ الْمُسْلِمِينَ﴾

"Mein Lohn liegt allein bei Allah, und mir wurde befohlen, zu den Gottergebenen zu gehören." (Yunus 10, Aya 72) Und Er sagt durch den Mund Abrahams und Ismails:

﴿رَبَّنَا وَاجْعَلْنَا مُسْلِمِينَ لَكَ وَمِنْ ذُرِّيَّتِنَا أُمَّةً مُسْلِمَةً لَكَ﴾

"Unser Herr, mach uns Dir ergeben (muslimaini lak) und aus unserer Nachkommenschaft ein Volk, das Dir ergeben ist (muslimatan lak)." (Al-Baqara 2, Aya 128) Über das Volk Lots spricht Allah:

﴿فَمَا وَجَدْنَا فِيهَا غَيْرَ بَيْتٍ مِّنَ الْمُسْلِمِينَ﴾

**"Wir fanden dort nur ein Haus von den Gott-
ergebenen (min al-Muslimin)." (Al-Dhariyat 51,
Aya 36) Durch den Mund Moses' sagt Er:**

﴿فَعَلَيْهِ تَوَكَّلُوا إِن كُنتُمْ مُسْلِمِينَ﴾

**"So vertraut nun auf Ihn, wenn ihr euch (Ihm)
ergeben habt (in kuntum muslimin)." Durch die
Zunge der Hawariyyun, den Gefährten Jesu,
sagt Allah:**

﴿أَمَّا بِهِ وَاشْهَدْ بِأَنَّا مُسْلِمُونَ﴾

**"Wir glauben an Allah, und (du sollst) bezeu-
gen, dass wir Gottergebene sind (bi'anna mus-
limun)."**

Das in den *Ayat* erwähnte Wort "*muslimun*" bedeutet "die Gehorsamen", "die sich Fügenden" und nicht, dass sie alle eine Religion, nämlich den Islam, der auf Muhammad ﷺ herabgesandt wurde, angenommen haben. Denn der Islam war ihnen bis dahin noch nicht bekannt, und sie wurden durch ihn auch nicht angesprochen. Vielmehr wurde jedem Volk ein bestimmter Prophet entsandt, der zu einer bestimmten Gesetzgebung aufrief. So sagt Allah:

﴿ لِكُلِّ جَعَلْنَا مِنْكُمْ شِرْعَةً وَمَنْهَاجًا ﴾

"Für jeden von euch haben Wir ein Gesetz und eine Richtlinie bestimmt." (Al-Ma'ida 5, Aya 48)

Als die Offenbarung auf Muhammad ﷺ herabgesandt wurde, hat sie einige arabische Begriffe von ihrer rein linguistischen in eine islamrechtliche Bedeutung transformiert, die aus den Offenbarungstexten von Koran und Sunna deutlich wird. Zu diesen übertragenen Ausdrücken gehört auch das Wort "Islam", das linguistisch "Fügung" bedeutete und nun eine islamrechtliche Bedeutung annahm, nämlich: "die Glaubensordnung, die Allah Seinem Gesandten Muhammad offenbarte". So sagt Allah ﷻ an alle Menschen gerichtet bis zum Tag der Auferstehung:

﴿ الْيَوْمَ أَكْمَلْتُ لَكُمْ دِينَكُمْ وَأَمَّمْتُ عَلَيْكُمْ نِعْمَتِي
وَرَضِيتُ لَكُمُ الْإِسْلَامَ دِينًا ﴾

"Und Ich habe euch den Islam als Glaubensordnung (Din) gutgeheißen." (Al-Ma'ida 5, Aya 5)

Auch sagt Er:

﴿ وَمَنْ يَتَّبِعْ غَيْرَ الْإِسْلَامِ دِينًا فَلَنْ يُقْبَلَ مِنْهُ ﴾

"Wer einen anderen Din als den Islam begehrt, so wird er niemals von ihm angenommen werden." (Ali' Imran 3, Aya 85)

Und der Gesandte Allahs sprach:

« بني الاسلام على خمس ... »

"Der Islam baut auf fünf Säulen auf [...]."
Keine der anderen Religionen baut auf diesen fünf Säulen auf.

Nach dieser rechtlichen Übertragung der Wortbedeutung von "Islam" tragen die daraus abgeleiteten Begriffe, wie das Verb "aslama" (zum Muslim werden) und das arabische Partizip Aktiv "muslim" ausschließlich die islamrechtliche Bedeutung, solange sie ohne entsprechendes Indizium (*Qarina*) verwendet werden. Sollte der rein linguistische Inhalt zur Anwendung kommen, bedarf es eines Indiziums, das die islamrechtliche Bedeutung aufhebt. So bedeutet die Aussage Allahs

﴿ مَا كَانَ إِبْرَاهِيمَ يَهُودِيًّا وَلَا نَصْرَانِيًّا وَلَكِنْ كَانَ حَنِيفًا مُّسْلِمًا ﴾

"Abraham war weder ein Jude noch ein Christ, sondern ein zugeneigter Muslim" (*Ali Imran* 3, Aya 67) nicht, dass Ibrahim der Glaubensordnung angehörte, die von Allah an Muhammad offenbart wurde, sondern dass Abraham sich Allah in all dem gefügt hat, was Er ihm of-

fenbarte, im Gegensatz zu den Juden und Christen, die den „*Din*“ ihrer Propheten verfälschten.

Was die Aussage betrifft, wonach Muhammad, Jesus und Moses der Religion Abrahams anhängen, so bedeutet dies, dass sie an das gleiche Überzeugungsfundament glaubten, das ja die Grundlage aller von Allah offenbarten Religionen bildet¹⁰. Dies ist auch mit der folgenden göttlichen Aussage gemeint:

﴿ شَرَعَ لَكُمْ مِنَ الدِّينِ مَا وَصَّىٰ بِهِ نُوحًا وَالَّذِي أَوْحَيْنَا إِلَيْكَ
وَمَا وَصَّيْنَا بِهِ إِبْرَاهِيمَ وَمُوسَىٰ وَعِيسَىٰ أَنْ أَقِيمُوا الدِّينَ وَلَا
تَتَفَرَّقُوا فِيهِ ... ﴾

"Er ordnete euch vom Glauben an, was Er Noah befahl und was Wir dir offenbart haben und was Wir Abraham, Moses und Jesus anbefohlen haben, nämlich den Glauben zu errichten und euch darin nicht zu spalten." (Al-Shura 42, Aya 13) „*Din*“ bedeutet in dieser Aya lediglich die Glaubensgrundlage, nämlich die *Aqida*. Diese Einschränkung ergibt sich aus den Worten Allahs:

¹⁰ dass es nur einen einzigen Gott und Schöpfer gibt, der der Anbetung und des Gehorsams würdig ist

﴿ لِكُلِّ جَعَلْنَا مِنْكُمْ شِرْعَةً وَمَنْهَاجًا ﴾

"Für jeden von euch (Propheten) haben Wir ein Gesetz und eine Richtlinie bestimmt." (Al-Ma'ida 5, Aya 48)

2. Islamrechtlich: Allah hat Muhammad als Siegel der Propheten und Gesandten an alle Menschen mit der Aufforderung entsandt, ihre bisherigen Religionen – seien es Offenbarungsreligionen oder nicht – aufzugeben und in den Din, die Glaubensordnung des Islam einzutreten. Wer dem nachkam, galt als Muslim, andernfalls galt er als Kafir. Allah ﷻ sagt:

﴿ وَقُلْ لِلَّذِينَ أُوتُوا الْكِتَابَ وَالْأُمِّيِّينَ أَاسَلَّمْتُمْ فَإِنْ أَسَلَّمُوا فَقَدْ اهْتَدَوْا وَإِنْ تَوَلَّوْا فَإِنَّمَا عَلَيْكَ الْبَلَاغُ وَاللَّهُ بَصِيرٌ بِالْعِبَادِ ﴾

"Und sprich zu jenen, denen die Schrift gegeben wurde und zu den Unbelehrten: 'Werdet ihr Muslime?' Wenn sie Muslime werden, so sind sie rechtgeleitet. Kehren sie sich jedoch ab, so obliegt dir nur die Verkündung, und wohl ist Allah über die Diener im Bilde." (Ali 'Imran 3, Aya 20) Auch sagt Er:

﴿ لَمْ يَكُنِ الَّذِينَ كَفَرُوا مِنْ أَهْلِ الْكِتَابِ وَالْمُشْرِكِينَ مُنْفَكِينَ حَتَّى تَأْتِيَهُمُ الْبَيِّنَةُ ﴿٦٠﴾ رَسُولٌ مِّنَ اللَّهِ ... ﴾

"Diejenigen, die ungläubig sind unter dem Volk der Schrift und die Götzendiener können

(von ihrem Unglauben) nicht befreit werden, bis der deutliche Beweis zu ihnen kommt: ein Gesandter von Allah [...]." (Al-Bayyinah 98, Aya 1)

Sie sind also nicht eher vom *Kufr*, d.h. vom Unglauben, freigesprochen, bis sie Muslime werden. Der Gesandte Allahs sagte:

« والذي نفس محمد بيده، لا يسمع بي أحد من هذه الامة، يهودي ولا نصراني، ثم يموت ولم يؤمن بالذي ارسلت به، إلا كان من اصحاب النار »

"Bei Dem, in Dessen Hand Muhammads Seele liegt, kein Mensch aus diesem Volk, weder Christ noch Jude, hört von mir und stirbt dann, ohne an das zu glauben, womit ich entsandt wurde, der nicht zu den Bewohnern der Hölle gehört." Alle Menschen sind also dazu aufgerufen, den Islam anzunehmen, und wer dies nicht tut, nachdem ihm der Beweis erbracht wurde, gilt definitiv als *Kafir*, als Ungläubiger. Wenn die Juden und Christen nach der Entsendung Muhammads an ihrer Religion festhalten, so gelten sie gemäß dem definitiven Korantext als Ungläubige. Es ist nicht erlaubt, sie als Muslime zu bezeichnen und wer glaubt, dass sie oder andere Muslime sind, der wird selbst zum *Kafir*. Denn mit dieser Überzeugung würde er definitiv authentische und eindeutige Textbelege

aus der Offenbarung leugnen. Sollte er mit diesem Glauben sterben, wird er zu den Bewohnern der Hölle gehören.

3. Die Rede von den Nachkommen Abrahams bedeutet den Aufruf zur nationalistischen Verbindung. Die Realität dieser Verbindung zeigt aber, dass es sich um eine degenerierte, emotionale Bindung handelt, die aus dem Selbsterhaltungsinstinkt hervorgeht. Sie ist unmenschlich, da sie nicht dazu geeignet ist, eine Verbindung unter den Menschen herzustellen, wenn sie unterschiedlicher Abstammung sind.

Darüber hinaus ist die Verbindung der Nachkommen Abrahams zeitlich überkommen. Sie hat im realen Leben keine Existenz mehr, denn diejenigen, die Ibrahim und seinen Nachkommen entstammen, haben sich als Resultat von Heirat, Verschwägerung, Völkerwanderung und Kriegen mit anderen Völkern vermischt. Heutzutage ist es schwierig, ja unmöglich, sie von den übrigen Menschen zu trennen. Und da die Anhänger der drei Religionen aus allen Völkern und Stämmen der Erde bestehen, deren Vermischung auf Basis der Religions- und nicht der ethnischen Zugehörigkeit beruht, ist es unbe-

dacht und falsch, Muslime, Christen und Juden, die im Umfeld der *al-Aqsa*-Moschee leben, oder andere als Nachkommen Abrahams zu bezeichnen. Dahinter steckt die Absicht, den Islam zu bekämpfen und den angeblichen Friedensprozess und die Normalisierung der Beziehungen zu dem Judengebilde, das sich auf dem geraubten Boden der Muslime befindet, zu rechtfertigen, um dem abscheulichen Verbrechen, das die verräterischen Herrscher auf Befehl ihrer ungläubigen Herren begangen haben, die Legitimation zu verleihen.

Die nationalistische bzw. verwandtschaftliche Bindung, wie die der Nachkommen Abrahams, ist als Basis für die Regelung der Beziehungen unter den Menschen islamrechtlich zu verwerfen. Allah, der Erhabene, sagt:

﴿قُلْ إِنْ كَانَ آبَاؤُكُمْ وَأَبْنَاؤُكُمْ وَإِخْوَانُكُمْ وَأَزْوَاجُكُمْ وَعَشِيرَتُكُمْ وَأَمْوَالٌ اقْتَرَفْتُمُوهَا وَتِجَارَةٌ تَحْشَوْنَ كَسَادَهَا وَمَسَاكِنُ تَرْضَوْنَهَا أَحَبَّ إِلَيْكُمْ مِّنَ اللَّهِ وَرَسُولِهِ وَجِهَادٍ فِي سَبِيلِهِ فَتَرَبَّصُوا حَتَّى يَأْتِيَ اللَّهُ بِأَمْرِهِ وَاللَّهُ لَا يَهْدِي الْقَوْمَ الْفَاسِقِينَ﴾

"Sprich: Wenn eure Väter, eure Söhne, eure Brüder, eure Frauen, eure Sippschaft, das Vermögen, das ihr euch erworben habt, der Handel,

dessen Niedergang ihr fürchtet, und die Wohnstätten, die euch wohlgefallen, euch lieber sind als Allah, Sein Gesandter und das Kämpfen um Seinetwillen, dann haltet inne, bis Allah mit Seinem Befehle kommt; und Allah weist den Frevlern nicht den Weg. (Al-Taubah 9, Aya 24)

Der Befehl Allahs steht folglich über allen Bindungsformen, seien sie nationalistisch, verwandtschaftlich oder interessebezogen. Allah verdeutlichte bereits den früheren Propheten die Oberflächlichkeit dieser Bindungen und sagte:

﴿وَنَادَى نُوحٌ رَبَّهُ فَقَالَ رَبِّ إِنَّ ابْنِي مِنْ أَهْلِي وَإِنَّ وَعْدَكَ الْحَقُّ وَأَنْتَ أَحْكَمُ الْحَاكِمِينَ ﴿١٠٦﴾ قَالَ يَا نُوحُ إِنَّهُ لَيْسَ مِنْ أَهْلِكَ إِنَّهُ عَمَلٌ غَيْرُ صَالِحٍ ...﴾

"Und Noah rief seinen Herrn und sprach: Mein Herr, mein Sohn gehört doch zu meiner Familie, und Dein Versprechen ist doch wahr, und Du bist der beste Richter.' Er aber sagte: 'O Noah, er gehört nicht zu deiner Familie; (denn) er hat gesündigt.'" (Hud 11, Aya 46) Auch sagt Er über Abraham:

﴿وَإِذِ ابْتَلَىٰ إِبْرَاهِيمَ رَبُّهُ بِكَلِمَاتٍ فَأَتَمَّهُنَّ قَالَ إِنِّي جَاعِلُكَ لِلنَّاسِ إِمَامًا قَالَ وَمِنْ ذُرِّيَّتِي قَالَ لَا يَنَالُ عَهْدِي الظَّالِمِينَ﴾

"Er (Allah) sprach: 'Ich werde dich zu einem Führer für die Menschen machen.' Da bat Abra-

ham: 'Auch von meiner Nachkommenschaft.' Er sprach: 'Mein Versprechen erlangen nicht die Ungerechten.'" (*Al-Baqara* 2, *Aya* 124) Der Sohn Noahs gehört nach dem Maßstab der Shari'a nicht zu dessen Volk, da er nicht an das glaubte, was Allah an seinen Vater sandte. Und die Ungerechten aus der Nachkommenschaft Abrahams sind von dem Versprechen Allahs auf Führerschaft ausgeschlossen, da sie nicht dem folgten, was Allah ihrem Vater Abraham offenbarte. Folglich ist der gegenwärtige Appell bezüglich der Nachkommen Abrahams ein törichter, politisch motivierter Appell. Ihn zu propagieren und dafür zu werben, ist nicht erlaubt, denn damit wird beabsichtigt, den Islam zu bekämpfen, die Muslime von ihrer Glaubensordnung abzubringen, den verräterischen Friedensprozess mit den Juden zu rechtfertigen, um den gesegneten und von ihnen geraubten Boden Palästinas an sie abzutreten, die Beziehungen zu ihnen zu normalisieren und sie schließlich als Staat im Nahen Osten zu akzeptieren.

Al-Wasatiyya

(Mittigkeit und Kompromissbereitschaft)

Der Begriff *Al-Wasatiyya* (die Mitte, die Mittigkeit) tauchte erst in der neueren Zeit bei den Muslimen auf und ist ein fremder Ausdruck. Er stammt aus dem Westen und der kapitalistischen Ideologie, deren Überzeugungsfundament auf der Kompromisslösung beruht. Diese Lösung ist das Resultat einer blutigen Auseinandersetzung zwischen der Kirche und der ihr zugehörigen Herrschern auf der einen Seite und den westlichen Denkern und Philosophen auf der anderen Seite. Die erste Partei vertrat die Ansicht, dass das Christentum dazu geeignet sei, alle Angelegenheiten des Lebens zu lösen, während die zweite Partei der entgegengesetzten Meinung war und das Christentum (bzw. die Kirche) für Unterdrückung und Rückständigkeit verantwortlich machte. Zudem habe der Verstand (die Vernunft) ihrer Meinung nach die Fähigkeit, selbst ein System zu schaffen, das imstande sei, die Angelegenheiten des Lebens zu regeln.

Nach einer bitteren Auseinandersetzung zwischen beiden Seiten einigte man sich auf eine Kompromisslösung (*al-Hall al-wasat*), welche die Religion als Beziehung des Menschen zum Schöpfer zwar akzeptiert, jedoch unter der Bedingung, dass sie keinen Einfluss auf das Leben ausübt und die Regelung der Angelegenheiten des Lebens dem Menschen selbst überlassen bleibt. Im weiteren Verlauf nahmen sie die Idee der Trennung von Religion und Leben als Überzeugungsfundament (*Aqida*) ihrer Ideologie auf, aus der schließlich das kapitalistische System hervorging. Auf seiner Grundlage kam es auch zu ihrem Aufstieg. In Form des Kolonialismus haben sie dieses System weiter an andere Menschen herangetragen.

Der Einfluss dieser Kompromisslösung, die ihrem Überzeugungsfundament zugrunde liegt, begann bei jeder Gesetzgebung und jeder Handlungsweise der Kapitalisten hervorzustechen; nicht zuletzt im Bereich der politischen Angelegenheiten. Der Fall Palästinas sei hier ein Beispiel. Die Muslime beanspruchen das gesamte Land als ihr Heimatland für sich, während die Juden es zur selben Zeit als das ihnen von Gott verheißene Land betrachten, das allein ihnen

gehört. Nun schlugen die westlich-kapitalistischen Länder 1947 eine Lösung vor, die einen Teilungsplan beinhaltete, der die Errichtung zweier Staatsgebilde für Juden und Araber in Palästina vorsah. Entsprechend einer solchen Kompromisslösung wird bei allen internationalen Problemfällen verfahren, die von den kapitalistischen Staaten gesteuert werden, wie im Falle Kaschmirs, Zyperns, Bosniens und andere Länder.

Folglich basiert ihre Politik auf Hinterlist und Lüge, nicht unbedingt, um das ganze einem zustehende Recht zu erlangen, sondern um irgendetwas zu erhalten, sei es mehr oder weniger als der rechtmäßige Anspruch. Dabei geht es nicht darum, dass jeder sein Recht erhält, sondern es geht um das finden einer Kompromisslösung, die beide Seiten zufrieden stellt. Nicht, weil es unbedingt die richtige Lösung ist, sondern weil die entsprechende Schwäche oder Stärke der jeweiligen Partei dies zulässt. Der Starke nimmt sich demnach alles, was er bekommen kann, während der Schwache auf das verzichten muss, was er nicht in der Lage ist zu erhalten.

Anstatt die Idee des Kompromisses und die Kompromisslösung für nichtig zu erklären und ihre Fehler und Falschheit deutlich zu machen, haben einige Muslime diese Idee angenommen und zudem noch behauptet, sie sei ein Bestandteil des Islam. Sie meinten sogar, dass er darauf aufbaue. So stehe der Islam zwischen Spiritualität und Materialismus, Individualismus und Kollektivismus, Realität und Idealismus und zwischen Beständigkeit und Veränderung. Es gebe weder Übermaß noch Mangelhaftigkeit, weder Übertreibung noch Vernachlässigung.

Um die Ansicht, die sie angenommen hatten, zu beweisen, untersuchten sie die verschiedensten Aspekte und fanden heraus, dass jede Sache zwei Extreme und einen Mittelpunkt besitze. Der Mittelpunkt sei der sichere Bereich, wohingegen die beiden Extreme der Gefahr und dem Verderben ausgesetzt seien. Ferner stellten sie fest, dass der Mittelpunkt das Kraftzentrum sei und das Gleichgewicht und die Balance für jedes Extrem darstelle. Nachdem Mittelpunkt und Mitte all diese Vorteile aufweisen, sei es kein Wunder, dass sich die Mittigkeit in jedem Aspekt des Islam offenbare. Denn der Islam sei

die Mitte in Glaube und Anbetung, in Gesetzgebung und Ethik.

Nachdem sie die Gesetze des Islam und die Realität der Dinge in rationale Analogie setzten, untersuchten sie einige Gesetzestexte, verdrehten ihre Bedeutungen und unterwarfen sie ihrem neuen Verständnis, damit sie mit ihrer neu angenommenen Meinung konform gehen. So sagten sie in Bezug auf die Aussage Allahs ﷻ

﴿ وَكَذَلِكَ جَعَلْنَاكُمْ أُمَّةً وَسَطًا لِتَكُونُوا شُهَدَاءَ عَلَى النَّاسِ وَيَكُونَ الرَّسُولُ عَلَيْكُمْ شَهِيدًا... ﴾

"Und so machten Wir euch zu einer Gemeinde von redlicher Gesinnung (wasata), auf dass ihr Zeugen seid über die Menschen und auf dass der Gesandte Zeuge über euch sei [...]" (al-Baqara 2, Aya 143), dass die mittlere, gemäßigte Position (*wasata*) der Umma aus der Mäßigung ihres Planes und ihres Systems resultiere. So sei darin weder die übertrieben Strenge der Juden noch die sorglose Nachsichtigkeit der Christen vorhanden. Ferner sagten sie, dass das Wort "Mitte" (*al-Wasat*) Gerechtigkeit bedeute und dass die Gerechtigkeit - ihrer Behauptung nach - stets in der Mitte zweier streitender Kontrahenten stehe. Somit gaben sie der Gerechtigkeit die Bedeutung von Versöhnung, um der

Idee des Kompromisses dienlich zu sein. Hingegen ist die richtige Bedeutung der *Aya* die, dass die islamische Umma eine gerechte, rechtschaffene Umma ist und Rechtschaffenheit eine der Bedingungen für den Zeugen im Islam darstellt. Diese Umma wird ein rechtschaffener Zeuge über andere Nationen sein, dass sie ihnen den Islam verkündet hat. Obwohl dieser Vers in Form einer Mitteilung (*Ihbar*) gehalten ist, beinhaltet er den Befehl von Allah ﷻ an die islamische Umma, den Islam an andere Nationen heranzutragen. Unterlässt sie dies, begeht sie eine Sünde. Sie stellt als Zeuge einen Beweis gegenüber den anderen Nationen dar, genauso wie der Prophet ﷺ als Zeuge einen Beweis ihr gegenüber darstellt:

﴿ لِيَكُونَ الرَّسُولُ شَهِيدًا عَلَيْكُمْ ﴾

"[...] **damit der Gesandte Zeuge sei wider euch.**" (*Al-Hagg* 22, *Aya* 78), nämlich in der Übermittlung des Islam an euch und in seiner Forderung von euch, dass ihr ihn ebenso anderen übermittelt, denn:

« ألا فليبلغ الشاهد الغائب »

"Der Anwesende soll dem Abwesenden davon erzählen."

Sie zogen auch aus der Aussage des Erhabenen

﴿ وَالَّذِينَ إِذَا أَنْفَقُوا لَمْ يُسْرِفُوا وَلَمْ يَقْتُرُوا وَكَانَ بَيْنَ ذَلِكَ قَوَامًا ﴾

"Und diejenigen, wenn sie ausgeben, weder Israf noch Taqtir begehen; dazwischen ist die Redlichkeit (Qawam)." (Al-Furqan 25, Aya 67) ihre eigenen Schlüsse. So machten sie aus der Aussage zwei Seiten, nämlich die Verschwendung (*Israf*) und den Geiz (*Taqtir*), und gaben dem eine Mitte, und zwar den *Qawam*. Ihrer Meinung nach stelle dies einen Beweis für die Mäßigung beim Ausgeben dar. Sie verstanden nicht, dass die Bedeutung des Verses die ist, dass drei Arten des Ausgebens existieren, nämlich „*Israf*“, „*Taqtir*“ und „*Qawam*“. *Israf* bedeutet das Ausgeben im Verbotenen, egal ob es sich um kleine oder große Summen handelt. Wenn z.B. eine Person einen Silberling für den Kauf von Alkohol, für Glücksspiel oder Bestechung ausgibt, so ist es *Israf*. Und *Israf* ist verboten. Was den *Taqtir* betrifft, so bedeutet es die Verweigerung von Pflichtzahlungen. Wenn eine Person sich weigern würde, einen *Dirham*, der an *Zakat* fällig ist, zu bezahlen, oder wenn sie sich weigern würde, denen Geld zu geben,

für die sie unterhaltspflichtig ist, so fällt dies unter die Bezeichnung *Taqtir*, was verboten ist. Der *Qawam* hingegen, ist das Ausgeben gemäß den islamischen Gesetzen, sei es viel oder wenig. So ist die Ehrung eines einzigen Gastes durch die Schlachtung eines Schafes, Huhnes oder sogar eines Kamels eine Ausgabe gemäß dem *Qawam*. Und dies ist erlaubt, denn Allah, der Erhabene, hat in der *Aya* die Formulierung „***baina dhalika***“ (**dazwischen**) verwendet, um zu zeigen, dass drei Arten der Ausgaben existieren, nämlich der *Israf*, der *Taqtir* und der *Qawam*. Eine dieser drei Arten ist islamrechtlich verlangt, und dies ist die Ausgabe im *Qawam*. So hat Allah ﷻ nicht gesagt „***baina dhalikuma***“ (**zwischen den beiden**), um die (mögliche) Mittelposition zwischen zwei Gegensätzen aufzuzeigen.

So existiert keine Mittelposition und keine Kompromisslösung im Islam. Es ist Allah, der Erhabene, Der den Menschen erschaffen hat und seine Realität in einer Weise kennt, wie sie kein Mensch zu kennen vermag. Allah ﷻ ist der Einzige, Der fähig ist, das Leben des Menschen mit so einer Genauigkeit zu ordnen, wie es kein anderer bewerkstelligen kann. Seine Gesetze

sind demnach präzise ergangen, ohne dass die Spur einer Mittelposition oder einer Kompromisslösung zu finden ist, weder in den Gesetzen noch in den Offenbarungstexten des Islam. Ganz im Gegenteil herrscht dort Genauigkeit, Klarheit und Abgrenzung, so dass Allah sie sogar als *Hudud*, als Grenzen bzw. Schranken, bezeichnet hat. So sagt Er;

﴿ وَتِلْكَ حُدُودُ اللَّهِ يُبَيِّنُهَا لِقَوْمٍ يَعْلَمُونَ ﴾

"Dies sind die Schranken Allahs, die Er den Wissenden klarmacht." (Al-Baqara 2, Aya 230)

Ebenso sagt Allah ﷻ:

﴿ وَمَنْ يَعْصِ اللَّهَ وَرَسُولَهُ وَيَتَعَدَّ حُدُودَهُ يُدْخِلْهُ نَارًا خَالِدًا فِيهَا ﴾

"Und wer Allah und Seinem Gesandten den Gehorsam versagt und Seine Schranken übertritt, den führt Er ins Feuer ein; worin er ewig verweilt." (Al-Nisa' 4, Aya 14)

Wo ist denn die behauptete „islamische“ Mittelposition, die Mittigkeit und die Kompromisslösung in der Aussage des Propheten ﷺ an seinen Onkel Abu Talib, als sein Stamm ihm eine hohe Stellung, Geld und Würde anbot, damit er vom Islam ablässt:

« والله يا عم، لو وضعوا الشمس في يميني، والقمر في يساري
على أن أترك هذا الأمر حتى يظهره الله أو أهلك فيه، ما
تركته »

"Bei Allah, mein Onkel! Wenn sie mir die Sonne zu meiner Rechten und den Mond zu meiner Linken setzen würden, damit ich diese Sache sein lasse, so werde ich es nicht tun, bis Allah sie zum Siege führt oder ich dabei untergehe." Ebenso fehlen jede Mittelposition und Kompromissbereitschaft in der Aussage des Propheten ﷺ an den Stamm 'Amer Ibn Sa'sa'a, als dieser darum bat, nach dem Propheten ﷺ die Führung zu erhalten, als Gegenleistung für dessen Unterstützung. Der Prophet ﷺ antwortete:

« الأمر لله يضعه حيث يشاء »

"Die Angelegenheit gehört Allah, Er gibt sie, wem Er will."

So ist die Mittigkeit (*al-Wasatiyya*) und die Bereitschaft zur Kompromisslösung eine Idee, die dem Islam fremd ist. Die westlichen Staaten sowie die ihnen loyalen Muslime haben diese Idee mit dem Islam verbunden, um sie so den Muslimen im Namen der Gemäßigkeit und der Toleranz zu verkaufen. Dabei haben sie die Absicht, die Muslime von den klar definierten

Schranken und Gesetzen des Islam wegzubringen.

Fundamentalismus

Der Ausdruck "Fundamentalismus" wurde erstmals in Europa gegen Ende des 19. Jahrhunderts verwendet. Er wurde gebraucht, um die Haltung der Kirche gegenüber den modernen Wissenschaften und Philosophien zu verdeutlichen sowie das strikte Festhalten am christlichen Glauben.

Die protestantische Bewegung wird als Basis des Fundamentalismus betrachtet. Sie legte in der evangelischen Konferenz von Niagara im Jahre 1878 und in der allgemeinen presbyterianischen Konferenz im Jahre 1910 die fundamentalistischen Prinzipien fest, in denen die grundlegenden Ideen, auf denen der Fundamentalismus aufbaut, deutlich wurden. Diese basierten auf christlichen Glaubensgrundlagen, die sich gegen den wissenschaftlichen Fortschritt richteten, der sich aus der kapitalistischen Ideologie ergab. Jener Ideologie, die auf der Grundlage der Trennung von Religion und Leben entstand.

Obgleich diese Bewegung mit dem Zweiten Weltkrieg verschwand, blieb dennoch in den

Köpfen der Europäer, dass der Fundamentalismus der Feind des Fortschritts und der Wissenschaft sei. Er wurde als geistige Rückständigkeit betrachtet, die nicht mit dem Zeitalter des Fortschritts konform gehe und den es zu bekämpfen gelte, bis alle seine Spuren in der Gesellschaft und im Leben beseitigt seien.

So trat der Fundamentalismus in Europa als eine Reaktion auf den wissenschaftlichen und industriellen Fortschritt zu Tage, der sich nach der Trennung des Christentums vom öffentlichen Leben einstellte. Er war eine Reaktion auf das Unvermögen des Christentums, auf die neuen Lebenssysteme zu antworten, die aus der kapitalistischen Überzeugungsgrundlage hervorgingen, nämlich der Doktrin der Trennung der Religion vom Leben. Das drängte die Anhänger des christlichen Glaubens dazu, eine ablehnende Haltung gegenüber den diversen Arten des materiellen Fortschritts und der kapitalistischen Kultur einzunehmen. Dennoch scheiterte diese Bewegung, die als Fundamentalismus bezeichnet wurde, und verschwand letztendlich, weil sie unfähig war, praktische Lösungen für die Probleme des Lebens anzubieten und auch wegen ihres Entstehungsgrundes, der sich allein

aus dem Widerstand gegen die Wissenschaften, die Künste und die modernen Ideen ergab, die sich mit dem Glauben der Christen nicht in Einklang bringen ließen.

Der Ursprung für die Bezeichnung einiger christlicher oder jüdischer Bewegungen als fundamentalistisch liegt also im Westen. Sie bezog sich auf religiöse Bewegungen, die den wissenschaftlichen, industriellen und technischen Fortschritt ablehnten, der sich aus der Anwendung der kapitalistischen Ideologie ergab.

Die heutige Anwendung dieser Bezeichnung auf viele der islamischen Bewegungen und ihrer Mitglieder, seitens westlicher Politiker und Denker und nun auch seitens einiger Muslime, die ihnen dabei folgen, bezweckt die Bekämpfung dieser Bewegungen und den Widerstand gegen sie. So soll in der Weltöffentlichkeit eine Negativmeinung gegen jeden entstehen, der des Fundamentalismus bezichtigt wird, denn ihrer Meinung nach bedeutet Fundamentalismus Rückständigkeit und Reaktion und gleichzeitig Widerstand gegen jeden wissenschaftlichen und industriellen Fortschritt.

So genügt es bereits, eine bestimmte Richtung des Fundamentalismus zu zeichnen, um sie als Gefahr für die moderne, materielle Kultur und für das Leben der Menschen im Allgemeinen anzusehen. Es rechtfertigt infolge dessen das Ergreifen notwendiger Maßnahmen - wie hart sie auch sein mögen -, um sie zu bekämpfen. Wenn Staaten wie Ägypten, Algerien und andere Muslime hinrichten, weil man sie als Fundamentalisten bezeichnet, dann erhält diese Aktion die Unterstützung der öffentlichen Meinung im Westen. Keine Menschenrechtsorganisation empört sich deswegen, da es sich ihrer Meinung nach um Fundamentalisten handelt. Sie werden als Feinde der Menschlichkeit angesehen, besonders dann, wenn man ihnen die abscheulichsten Taten anheftet, wie die Massaker an unschuldigen Menschen in Algerien oder die Tötung von Touristen und Kopten in Ägypten.

Die Bezeichnung Fundamentalismus wurde nun auf jede Bewegung oder Partei ausgedehnt, die sich für eine Veränderung der schrecklichen Realität, in der die Muslime leben, in eine islamische Realität einsetzt, und zwar durch die Wiedererrichtung des Kalifats und das Regieren mit dem Islam. Dies schließt auch jede Bewe-

gung mit ein, die sich gegen jene Angreifer und Usurpatoren zur Wehr setzt, die den Muslimen ihr Land und ihr Recht geraubt haben, wie Juden, Serben und Amerikaner. So sind die muslimischen Mudjahidun, die gegen ihre Feinde, die ihr Land geraubt haben, kämpfen, nunmehr „Fundamentalisten und Terroristen“. Und diejenigen, die als Märtyrer ihr Leben opfern, um den feindlichen ausländischen Streitkräften einen Schlag zu versetzen, werden als „Selbstmörder und Verbrecher“ dargestellt!

Die Bezeichnung Fundamentalismus birgt eine Gefahr für jeden Muslim und jede Bewegung, die sich gegen Ungerechtigkeit und Besetzung auflehnen. Sie ist ebenso für jede Partei gefährlich, die nach der islamrechtlichen Methode für eine Wiedereinführung des islamischen Lebens arbeitet. Die Absicht hinter dieser Bezeichnung ist die Schaffung einer legalen Rechtfertigung für einen Schlag gegen jeden, der zu einer Wiedereinführung des Islam im Leben aufruft, unter dem Vorwand, dass der Islam eine fundamentalistische Bewegung darstelle, so, wie die christlichen und jüdischen Fundamentalistenbewegungen, die sich dem wissenschaftlichen und industriellen Fortschritt im

Zeitalter des kapitalistischen Aufstiegs wider-
setzten. Die Wahl eben dieses speziellen Aus-
drucks, um die islamischen Bewegungen damit
zu bezeichnen, ergibt sich aus seiner histori-
schen Besonderheit bei der öffentlichen Mei-
nung im Westen, damit die Völker dort gemein-
sam mit ihren Regierungen der Rückkehr des
politischen Islam als Staats- und Lebensor-
dnung entgentreten.

Keinem Muslim darf in den Sinn kommen,
dass die Kennzeichnung der islamischen Bewe-
gungen als fundamentalistisch (*usuliyya*) von
ihrer Verbindung mit dem Fundament des
Glaubens (*Usul al-Din*) oder den Fundamenten
des *Fiqh* (*Usul al-Fiqh*) herrühre. So ist das
Fundament des islamischen Glaubens die isla-
mische *Aqida*, die den Glauben an Allah, Seine
Engel, Seine Bücher, Seine Gesandten, an den
Tag der Auferstehung und an die Bestimmung
(*Qadar*) beinhaltet. Die Grundlagen bzw. Fun-
damente des *Fiqh*¹¹ sind die Regeln, auf wel-
chen der *Fiqh* aufbaut, denen sich der *Mudjta-
hid* bedient, um praktische Rechtssprüche aus
ihren detaillierten Beweisen abzuleiten.

¹¹ islamische Rechtslehre

Der Fundamentalismus in seiner westlich-terminologischen Bedeutung, die aus der protestantisch-christlichen Bewegung herrührt, ebenso wie das Ziel, das mit der Gründung dieser Bewegungen verbunden war, ist weit von den islamischen Konzeptionen und den islamischen Bewegungen entfernt, ob es sich nun um zeitgenössische oder historische Bewegungen handelt. In der Geschichte der Muslime sind politische Bewegungen sowie Denk- und Rechtsschulen in Erscheinung getreten. Dennoch besitzen sie keinerlei Ähnlichkeit mit den fundamentalistischen Bewegungen christlicher Prägung. Selbst diejenigen, die im 7. Jahrhundert der *Hidjra* zur Schließung der Pforte des *Idjtihad* aufriefen, taten dies nicht, weil sie das Alte bewahren wollten und das Neue ablehnten. Vielmehr meinten sie, dass der islamische *Fiqh*, den die Vorgänger ins Leben riefen, all die Angelegenheiten umfasse, die den Nachfolgern möglicherweise begegnen könnten.

Der Islam ist eine einzigartige Glaubensordnung, die sich von den anderen Offenbarungsreligionen deshalb unterscheidet, weil sie die letzte Botschaft unter ihnen darstellt und damit die zuvor offenbarten aufhebt. Auch hat Allah, der

Erhabene, die Verantwortung für dessen Bewahrung bis zum Tage der Auferstehung übernommen. Dazu sagt Er:

﴿ إِنَّا نَحْنُ نَزَّلْنَا الذِّكْرَ وَإِنَّا لَهُ لَحَافِظُونَ ﴾

"Wahrlich, Wir Selbst haben diese Ermahnung herabgesandt, und sicherlich werden Wir ihr Hüter sein." (Al-Higr 15, Aya 9) Der Islam ist darüber hinaus eine umfassende und vollständige Ideologie. Sie fußt auf einem Überzeugungsfundament (*Aqida*), das auf dem Verstand aufbaut und aus dem ein umfassendes System zur Lösung aller Probleme des menschlichen Lebens bis zum Tage der Auferstehung hervorgeht. Es ist undenkbar, dass diese Ideologie unfähig wäre, einen Rechtsspruch für irgendein Problem zu geben, das dem Menschen begegnen könnte. So hat Allah, der Erhabene, dargelegt:

﴿ وَيَوْمَ نَبْعَثُ فِي كُلِّ أُمَّةٍ شَهِيدًا عَلَيْهِمْ مِنْ أَنْفُسِهِمْ وَجِئْنَا بِكَ شَهِيدًا عَلَى هَؤُلَاءِ وَنَزَّلْنَا عَلَيْكَ الْكِتَابَ تِبْيَانًا لِكُلِّ شَيْءٍ ﴾

"Und Wir haben dir das Buch zur Erklärung aller Dinge herniedergesandt." (Al-Nahl 16, Aya 89)

Der wissenschaftliche und industrielle Fortschritt, den die islamische Welt in der Vergangenheit erfahren hat, war ein Resultat der voll-

ständigen Anwendung des Islam im Leben und nicht seiner Trennung von den weltlichen Angelegenheiten. Den wissenschaftlichen und industriellen Fortschritt, den die Welt heute erlebt, verdankt sie in hohem Maße den muslimischen Gelehrten, die viele seiner Theorien und grundlegenden Gesetze unter dem Schutz des islamischen Lebens und des Islamischen Staates aufstellten.

Deswegen ist die Bezeichnung des Islam und der islamischen Bewegungen als fundamentalistisch, womit die christlichen Bewegungen beschrieben wurden, eine falsche und tendenziöse Bezeichnung. Sie stimmt weder mit der Realität des Islam noch mit der Realität irgendeiner Person überein, die für die Wiederkehr des Islam im Leben arbeitet. So eine Person ist nämlich bemüht, den schlimmen Realzustand zu verändern, in dem die Muslime heute leben, und der aus der Anwendung menschengemachter Systeme resultiert. Das steht im diametralen Widerspruch zur Tätigkeit der fundamentalistischen christlichen Bewegungen, die entstanden sind, um den Zustand, in dem die Christen vor dem Kapitalismus lebten, in Form und Inhalt zu bewahren.

So stellt die von Amerikanern und Europäern stammende Bezeichnung islamischer Bewegungen als fundamentalistisch nichts weiter dar als eine Bekämpfung der Wiederkehr des Islam ins Leben. Für den Westen ist dies eine strategische, ja sogar eine Schicksalsfrage. Sie streben danach, die Dritte Welt, insbesondere die islamische Welt, von einem wahren Aufstieg weit entfernt in Rückständigkeit zu halten, um eine Wiederkehr des Kalifatsstaates zu verhindern, der ihre Systeme mit den Wurzeln ausreißen und ihrer Selbstsucht und ihrer unersättlichen Gier ein Ende setzen wird.

Hören wir uns doch die Aussage einer dieser Leute an, einem Gastprofessor an der Harvard-Universität für nahöstliche Studien. Er legte dem US-amerikanischen Kongress einen Bericht vor, in dem er schreibt: "Die Fundamentalisten sind der Meinung, dass die Scharia mit all ihren Details angewendet werden müsse, dass die Ge- und Verbote Allahs vollständig implementiert werden müssen und dass dies für alle Muslime bindend sei. Der Islam sei der Ursprung ihrer Stärke und die Scharia dafür geeignet, auch heute angewendet zu werden, genauso wie sie dazu in der Vergangenheit geeig-

net war." Zudem sagte er: "Die Fundamentalisten hassen die westliche Zivilisation zutiefst. Sie halten sie für das größte Hindernis, das der Implementierung der islamischen Scharia im Wege steht." Ein anderer amerikanischer Forscher, der sich „Esposito“ nennt, hält in einem Bericht, den auch er dem amerikanischen Kongress vorlegte, folgendes fest: "Diejenigen, die die Interessen der USA bedrohen, sind die muslimischen Fundamentalisten."

So ist der Fundamentalismus, den sie angreifen, die Reimplementierung der islamischen Scharia im Leben. Wenn dies der Fundamentalismus sein soll, so gelten alle Muslime für sie als Fundamentalisten, denn sie alle warten sehnsüchtig und enthusiastisch darauf, dass die Gesetze ihres Din in ihrer Gesamtheit im Schutze des Kalifatsstaates umgesetzt werden, um sich und die Welt vom Elend des Kapitalismus zu befreien und sie mit dem Wohl des Islam zu retten. Allah, der Erhabene, sagt:

﴿ وَمَنْ أَظْلَمُ مِمَّنْ افْتَرَىٰ عَلَى اللَّهِ الْكَذِبَ وَهُوَ يُدْعَىٰ إِلَى الْإِسْلَامِ وَاللَّهُ لَا يَهْدِي الْقَوْمَ الظَّالِمِينَ ﴿٦٨﴾ يُرِيدُونَ لِيُطْفِئُوا نُورَ اللَّهِ بِأَفْوَاهِهِمْ وَاللَّهُ مُتِمُّ نُورِهِ وَلَوْ كَرِهَ الْكَافِرُونَ ﴿٦٩﴾

"Und wer ist ungerechter als jener, der gegen Allah eine Lüge erdichtet, wo er selbst zum Is-

lam aufgefordert wird? Und Allah weist keinem ungerechten Volk die Rechtleitung. Sie wollen Allahs Licht mit ihren Mündern auslöschen, doch Allah wird Sein Licht vollenden, auch wenn es den Ungläubigen zuwider ist." (Al-Saff 61, Aya 8)

Globalisierung

Das Beispiel des Ausdrucks "Globalisierung" unter den Neologismen gleicht dem Ausdruck "Djilb□b" unter den Kleidungsmiteln oder dem Trojanischen Pferd unter den Kriegsmitteln: es verhüllt seinen Inhalt, um das zu verbergen, was es enthält. Und es verbirgt in der Tat sehr viel.

Nichts ist deutlicher als das, was sich in Beirut in den letzten Tagen des Jahres 1997 ereignete, als das Zentrum für Studien der arabischen Einheit – ein Relikt der arabischen Nationalisten - einen Kongress zum Thema Globalisierung abhielt, um diese zu untersuchen und eine Haltung zu definieren, welche die Araber diesbezüglich einnehmen sollten. Es schien so, als ob sie in der Globalisierung einen Widerspruch und eine Bedrohung für die Idee des Nationalismus sähen. Zum Thema des Kongresses heißt es im Einladungsschreiben:

"Die Globalisierung und der arabische Umgang mit ihrem Konzept; ihre Auswirkungen auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene; ihre Geschichte, ihre gegenwärtige Ent-

wicklung und ihre Rolle; der Umgang der Vereinigten Staaten damit, insbesondere nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Beendigung des Kalten Krieges; ihre Auswirkung auf Wirtschaft und Entwicklung in den arabischen Staaten; zusätzlich zum kulturellen Bereich und seiner Identität."

Viele Gelehrte und Universitätsprofessoren wurden zu dem Kongress eingeladen und brachten ihr Verständnis von Globalisierung sowie die Haltung, die man diesbezüglich einnehmen sollte, zum Ausdruck. Die lokale Presse veröffentlichte das Wesentliche der Ausführungen der Teilnehmer des drei Tagen andauernden Kongresses. Große Unterschiede wurden in den Ausführungen sichtbar, so dass der Kongress eher einer Byzantinischen Diskussion als einer intellektuellen Konferenz glich. Die Leiter des Kongresses beschlossen daraufhin, diesen zu beenden, ohne irgendwelche Bestimmungen oder Vorschläge veröffentlichen zu können.

Globalisierung ist ein Begriff, der vor ungefähr zehn Jahren in der englischen und französischen Sprache neu eingeführt wurde. Er wird jedoch nicht verwendet, um etwas zu beschrei-

ben, das in den meisten Teilen der Erde vorhanden ist oder fast überall seine Bestätigung findet, sondern um festzulegen, dass ein Handelnder oder mehr eine Sache zu etwas Globalem machen wollen. Ein Beispiel hierfür ist eine Firma, die eine Produktionspolitik übernimmt, welche die gesamte Welt als für die Herstellung ihrer Waren geeignet betrachtet. Daraufhin beginnt sie tatsächlich mit der Produktion in irgendeinem oder irgendwelchen Staaten, in dem oder in denen die Produktionskosten weitaus geringer sind als irgendwo sonst. Dann wird über diese Firma gesagt, dass sie ihre Produktion globalisiert habe. Ähnliches kann auch über weitere Aktivitäten dieser Firma (oder anderer Firmen) gesagt werden, wenn sie die Globalisierungspolitik im Absatz oder in der Werbung für ihre Waren anwendet. Gleiches gilt auch bei der globalen Suche nach neuen Produkten oder deren Weiterentwicklung, beim Einstellen von Arbeitskräften, Experten und Managern oder beim Anwerben von Investoren und Kreditgebern, die die Arbeit oder andere Aktivitäten der Firma finanzieren.

Erstmals wurde der Begriff Globalisierung Mitte der Achtzigerjahre verwendet, um damit

die Aktivitäten der großen amerikanischen Konzerne zu beschreiben. Als Ronald Reagan im Jahre 1981 Präsident der USA wurde, setzte er in den internationalen Beziehungen eine gewagte Politik ein, sowohl in wirtschaftlichen als auch in politischen Angelegenheiten, und gewann somit eine starke Unterstützung aus den amerikanischen Finanzkreisen. Unter anderem wurde der starke Dollar dazu genutzt, Investoren aus dem Ausland anzuziehen, damit sie ihre Gelder in Schuldenobligationen der amerikanischen Staatskasse und in die amerikanischen Finanzmärkte investieren, wo diese Obligationen im Umlauf sind. Reagan wollte damit sein Programm zur Neuaufrüstung der USA finanzieren, um im damaligen Rüstungswettkampf die Sowjetunion finanziell zu erschöpfen. Dies führte in der Tat zum wirtschaftlichen Kollaps des Kommunismus im Jahre 1989.

Diese Politik führte zu einer wiederholten enormen Steigerung des Dollarkurses in den Jahren seiner ersten Amtsperiode, und zwar in einem solchen Ausmaß, dass der Wechselkursindex im Verhältnis zu den Währungen anderer Staaten und gewichtet durch die Handelsbilanz der USA mit diesen Ländern im Februar 1985

einen Stand von 159 Punkten erreichte. Im Gegensatz dazu hatte er im ersten Monat seiner Amtsperiode, im Januar 1981, einen Stand von 91 Punkten, das bedeutet ein Wachstum von 75 %. Die Strategie Reagans war so wagemutig, dass er die negativen Konsequenzen und Nebenwirkungen der starken Dollar-Politik ignorierte. Er konzentrierte sich allein auf den Sieg im Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Eine der negativen Konsequenzen war, dass der Anstieg des Dollars die Fähigkeit der USA schwächte, mit den ausländischen Waren zu konkurrieren. So sanken die Exporte der USA, während ihre Importe anstiegen. Das hatte zur Folge, dass das Handelsbilanzdefizit in der reaganischen Amtszeit extrem anwuchs und am Ende seiner achtjährigen Regierungszeit eine Gesamtsumme von 723 Milliarden Dollar erreichte, während es in den vorangegangenen acht Jahren lediglich vier Milliarden Dollar betrug.

Eine weitere negative Konsequenz der starken Dollar-Politik war, dass sich der Gewinn vieler US-amerikanischer Firmen aufgrund des Wettbewerbs der ausländischen Waren mit den amerikanischen, die in Dollarpreisen festgesetzt

werden, verringerte. Diese Firmen waren nun gezwungen, die Preise ihrer Waren herunterzusetzen und sich ernsthafte Gedanken darüber zu machen, wie ihre Kosten gesenkt werden könnten, besonders die Kosten der amerikanischen Arbeitskräfte. Zu dieser Zeit unterbreitete eine Gruppe von Universitätsprofessoren den Vorschlag einer „**Neustrukturierung**“ dieser Gesellschaften, indem ihre Tätigkeiten, sei es im Bereich der Produktion, der Vermarktung oder anderswo, grundlegend überdacht werden. Diese Idee fand einen großen Zuspruch bei Arbeitgebern und Geschäftsleuten. Ihre Umsetzung führte zu einer Schließung von zahlreichen Produktionsstätten und Zweigstellen amerikanischer Firmen und zur Entlassung einer großen Anzahl ihrer Angestellten und Arbeiter. Ein Beispiel dafür sind die von General Motors - dem größten Autohersteller der USA - bekannt gegebenen Massenentlassungen, als der Konzern auf einen Schlag 74.000 Angestellte auf die Straße setzte. Und IBM, der größte Computerkonzern, entließ in drei kurz aufeinander folgenden Schüben 60.000 Angestellte.

Nach der Umstrukturierung haben diese Firmen das, was sie an Produktionsteilen in den

USA geschlossen oder verkauft hatten, durch die Alternativproduktion kleiner Neufirmen ersetzt, die ihren Arbeitern äußerst geringe Löhne zahlten, was besonders diejenigen traf, die aufgrund der Umstrukturierungen entlassen worden waren. Ferner wurde Ersatz geschaffen, indem sie alternative Fabriken und Zweigstellen außerhalb der USA entstehen ließen. Einer der Nebeneffekte des starken Dollars war nämlich, dass die Preise und Löhne im Ausland [verglichen mit den USA] extrem niedrig waren. So konzentrierten sich diese Firmen auf die armen Länder mit hoher Bevölkerungszahl, wie beispielsweise Indonesien, die Philippinen, Thailand, Indien, Mexiko und Brasilien, wo der Monatslohn eines Arbeiters beinahe dem Lohn eines amerikanischen Fabrikarbeiters für ein oder zwei Stunden entspricht. Dies beschränkte sich nicht allein auf die Arbeitskräfte, sondern schloss auch ausgebildete und professionelle Arbeiter mit ein, wie den Ingenieur oder den Computerprogrammierer, wo immer sie sich befanden, solange ihre Löhne niedriger waren als in den USA und sie Arbeit und Lohn benötigten.

Infolge dieser Umstrukturierungsverfahren

und der Massenentlassungen von Arbeitern in solch schockierend hohen Zahlen brach in den Vereinigten Staaten ein politischer Aufschrei aus. Viele der Amerikaner sahen in der Verlegung der Arbeitsplätze ins Ausland und in ihrem Ausschluss davon eine Beschneidung ihres Lebensunterhalts. Als Motiv für die Firmen sahen sie nichts weiter als kapitalistische Gier. Die Konzerne führten dagegen an, dass sie aufgrund des starken „**globalen**“ Wettbewerbs zu diesen Maßnahmen gezwungen waren und dass ihnen nichts anderes übrig blieb, als den Wettbewerb auf „**globalem**“ Niveau zu führen und ihre Arbeiten zu „**globalisieren**“. Kommissionen im Senat und im Kongress hielten öffentliche Untersuchungssitzungen ab, um die „**Globalisierungsbestrebungen**“ der amerikanischen Firmen unter die Lupe zu nehmen. Die Erste dieser Art fand im Jahr 1987 und die Letzte 1992 statt. Diese Untersuchung führte dazu, dass der Begriff „**Globalisierung**“ publik wurde und sich verbreitete. Danach legten die Kommissionen den Begriff terminologisch fest, indem sie ihn als Überschrift ihrer Abschlussberichte wählten, die 1987 und in den folgenden Jahren erschienen sind. Es war das erste Mal, dass der Begriff „**Globalisierung**“ in der Über-

schrift eines auf Englisch veröffentlichten Buches oder Berichts verwendet wurde. Daraufhin folgte eine Flut an Veröffentlichungen zum Thema Globalisierung, so dass die diesbezüglichen Veröffentlichungen in englischer Sprache ungefähr 260 Bücher umfassten. Viele davon wurden in den Neunzigerjahren, während der Amtsperiode Clintons, herausgegeben.

Diese Untersuchungen dienten jedoch nur dazu, um den angestauten politischen Zorn abzu-

lassen, der sich gegen die Massenentlassungen und die Verlegung der Arbeitsplätze außerhalb der USA richtete. Die Firmen konnten damit ihr Handeln rechtfertigen und die gegen sie aufgebrachten Medien ruhigstellen. Die Untersuchungen zum Thema Globalisierung endeten im Jahre 1992 und wurden seitdem nicht wieder aufgenommen, obwohl das Thema Massenentlassungen bei den Präsidentschaftswahlen Ende 1992 aufgeworfen wurde. Nachdem Clinton die Regierung übernahm, hat der Kongress sogar dem NAFTA-Abkommen zugestimmt, das schon Bush senior mit Mexiko und Kanada abgeschlossen hatte. Dies, obwohl das Abkommen amerikanischen und kanadischen Firmen

ermöglicht, alles, was sie wollen, in Mexiko - wo die Arbeiterlöhne extrem niedrig sind - zu produzieren, um es anschließend auf dem amerikanischen und kanadischen Markt zu verkaufen. Genau das aber war die Befürchtung der Gewerkschaften und der anderen politischen Gruppen in den USA, die zuvor den Firmen entgegengetreten waren und ihnen den Export von Arbeitsplätzen vorgeworfen hatten.

Der entstandene politische Aufschrei und die ihn begleitenden politischen Auseinandersetzungen über die Massenentlassungen und den Export amerikanischer Arbeitsplätze ins Ausland – was später als „Globalisierungsprozess“ bekannt wurde – fanden praktisch im Jahre 1992 ihr Ende. Der Kampf war also zugunsten der Finanzmagnaten und den ihnen zugehörigen Firmen entschieden. All dies führte zur Entstehung der allgemeinen Meinung, dass Arbeitsplätze mit einem hohen Erfordernis an Qualifikation und Fachwissen und entsprechend hohen Gehältern, den amerikanischen Boden nicht verlassen werden. Was hingegen ausgelagert wird, sind körperliche Arbeiten mit rein physischer Anstrengung, erdrückender Monotonie und geringsten Löhnen. Tätigkeiten also, die sie

ohnehin für sich nicht haben wollen. Werden diese Erwartungen erfüllt, hat die Gesamtheit der Amerikaner Nutzen davon. Denn es brächte sie dazu, sich auf moderne Technologien und auf Tätigkeiten mit hoher Qualifikation und hohen Gehältern zu spezialisieren. In der Folge würde der Export der einfachen Arbeitskraft bedeuten, dass die Produkte, die im Ausland mit fremden billigen Arbeitskräften hergestellt oder zusammengebaut werden, zu äußerst niedrigen Preisen auf den amerikanischen Markt zurückkehren.

Nachdem diese Angelegenheit im Jahre 1992 politisch entschieden war und Clinton im Jahre 1993 die Macht übernahm, führte dies zu einer Veränderung der amerikanischen Wirtschafts- und Außenpolitik. Sein Vorgänger Bush hatte die Politik der Exportvermarktung vorangetrieben und die Gründung der „**Welthandelsorganisation**“ anstelle der **GATT**, um die Tore für den Export von Waren weit zu öffnen. Die amerikanischen Finanziere und Finanzkreise waren jedoch der Ansicht, dass die Vermarktung von Exportgütern nicht von so dringender Notwendigkeit sei wie die Vollendung dessen, womit sie Ende der Achtzigerjahre begonnen hatten,

nämlich die umfassende Umstrukturierung der amerikanischen Firmen, um sie zu stärken, damit sie fähiger werden, Gewinne zu machen. Ferner waren sie der Meinung, dass diese Umstrukturierung zur Auslagerung einer großen Zahl von Tätigkeiten und nicht nur von Produkten führen werde und dass es einen starken Wettbewerb mit den nicht amerikanischen Firmen nach sich ziehen werde.

Die amerikanischen Finanzleute schlugen auch andere Ideen vor, die sie von Clinton übernommen wissen wollten. Sie behaupteten, dass in den Jahren, in denen die USA die Last des Kalten Krieges sowie andere internationale Bürden zu tragen hatten, Europa und Japan auf ihre Kosten wirtschaftlich erstarkten, so dass sie eine Gefahr für die lebenswichtigen Interessen der USA wurden. Jetzt, nachdem der Kalte Krieg vorbei sei, sei es die Pflicht der USA, ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Europa und Japan wiederzuerlangen und den Konkurrenzkampf mit ihnen in voller Härte wiederaufzunehmen. Sie sollten ihrer Ansicht nach nicht mehr auf die Interessen beider Rücksicht nehmen, wie sie es während des Kalten Krieges taten. Einige dieser Geschäftsleute riefen sogar

dazu auf, den amerikanischen Geheimdienst für Wirtschaftsspionage gegen Europa, Japan und deren Firmen einzusetzen, nachdem seine Beschäftigung mit dem Kalten Krieg und anderen politischen Angelegenheiten nachgelassen hat.

Als Reaktion auf diese Ideen und Meinungen hatten Clinton und sein Finanzminister Robin, eine der führenden Persönlichkeiten an der Wall Street, den Aufruf zur Öffnung der gesamten Weltmärkte übernommen. All das diente nicht allein dazu, die amerikanischen Waren zu vermarkten, sondern den amerikanischen Firmen die Produktion überall dort zu ermöglichen, wo billige Arbeitskräfte vorhanden sind. Ferner sollten sie die Möglichkeit bekommen, ihre Dienstleistungen und Waren, die in den USA oder anderswo hergestellt wurden, nach Belieben auf allen Weltmärkten zu vertreiben. Wichtiger noch war aber die Tatsache, dass damit Clinton und sein Finanzminister die Aktivitäten und Bestrebungen der amerikanischen Finanzgesellschaften, in die ausländischen Geldmärkte einzufallen, übernommen hatten. Finanzgesellschaften bestehen aus Banken, Versicherungsgesellschaften und Maklerhäusern auf den Geldmärkten. Solche Bestrebungen waren je-

doch neu, da diese Firmen vorher nicht in ausgedehnter Weise außerhalb der USA arbeiteten und in vielen Ländern aufgrund der Gefahr ihrer Tätigkeiten nicht willkommen waren. Denn Finanzgesellschaften arbeiten von Natur aus darauf hin, das Geld der Leute in Form von Spareinlagen, Versicherungsprämien, Aktien und Obligationen anzuziehen, wodurch sich große Geldmengen – über die sie nach Belieben verfügen können - in ihren Händen konzentrieren.

Die amerikanischen Finanzleute trugen nämlich Sorge um eine Idee, die kurz nach Beendigung des Kalten Krieges vorgelegt wurde. Sie besagte, dass die Welt unvermeidlich in drei große Wirtschaftsgebiete unterteilt werden würde. Das erste Gebiet schlosse ganz Europa ein, das unter der Kontrolle Westeuropas stünde. Dagegen wäre das zweite Gebiet der größte Teil Asiens, der von Japan kontrolliert werden würde. Und das dritte Gebiet würde die beiden amerikanischen Kontinente umfassen, worauf sich der Einfluss der Vereinigten Staaten beschränke würde. Sie fürchteten, dass dieser Gedanke Realität werden könnte, weswegen sie ihn aufs Heftigste angriffen und als Regionalis-

mus bezeichneten. Sie zeigten dabei auf Europa und Japan und beschuldigten beide, diese Idee zu fördern. Gleichzeitig schlugen sie eine alternative Idee vor, die besagte, dass die Welt nun zu einer einzigen geworden sei. Niemand solle für sich alleine ein Gebiet beanspruchen, sondern alle sollen das Recht haben, in irgendeinem Gebiet dieser Erde miteinander zu wetteifern. Sie förderten diese Idee durch konzentrierte mediale Kampagnen. Auch die Clinton-Administration eignete sich diese Idee an, und viele Bücher wurden zum Thema veröffentlicht, darunter auch solche, die die „**Globalisierung**“ der Firmentätigkeiten thematisierten.

Diese medialen Kampagnen endeten in den USA, nachdem die Clinton-Administration sie zu Anfang ihrer Amtsperiode übernommen hatte. Danach wurden sie unter dem betreuenden Auge der amerikanischen Administration und ihrer Institutionen nach außen getragen. Im Ausland, besonders in den Ländern, die als Entwicklungsländer bezeichnet werden, wurden diese medialen Kampagnen fokussiert. Sie beschäftigten die Menschen in diesen Ländern mit oberflächlichen und betrügerischen Ideen, mit übersetzten und schwachen Formulierungen

und mit billiger, eigenartiger Sophistik. Viele der Menschen standen ihnen verwirrt gegenüber. Ungeachtet der Torheit der Ideen, zu denen diese Kampagnen aufriefen, waren sie geplant und konzentriert, um bestimmte Resultate zu erlangen, nämlich die Ausformung der öffentlichen Meinung und das Gewinnen ihrer Zustimmung für ein weites Öffnen der Tore vor den Aktivitäten der amerikanischen Firmen. In einem umfassenden Angriff wollte man die Früchte des Sieges im Kalten Krieg alleine ernten und die europäischen und japanischen Firmen davon ausschließen. Bedauerlicherweise haben diese Kampagnen offenbar ihr Ziel erreicht und es den vom Westen geprägten Herrschern ermöglicht, ihre Völker vor dem neuen amerikanischen Angriff und der Erstürmung ihrer Länder zu betäuben, um deren Märkte für ihre Waren zu öffnen. Ferner bezweckten sie damit, die dortigen billigen Arbeitskräfte für US-Firmen auszunutzen, das Ersparte der Menschen in die Hände ihrer Finanzgesellschaften zu legen und die Finanzmärkte ihren Spekulationen zu unterwerfen.

Zu den Ideen, die - unter dem Deckmantel der Globalisierung - an das Ausland, vor allem an

die Länder der dritten Welt, gerichtet waren, zählt:

1) Nach dem Fall der Sowjetunion blieb lediglich das westliche Wirtschaftssystem übrig, das sie „freie Marktwirtschaft“ nannten, statt ihm seinen richtigen Namen zu geben, nämlich Kapitalismus, der an seine Gier und Hässlichkeit erinnert. Alle Länder dieser Welt setzten dieses System um oder wollten es und strebten dessen Implementierung an.

2) Die Welt der Finanzen ist eins geworden, denn die Kapitalbesitzer sind nunmehr in der Lage, das Kapital in jedes Land zu transferieren und es in jeder Investition einzusetzen, deren Ertrag höher ist als anderswo. Der Transfer von Geldern kann, erleichtert durch die modernen Kommunikationsmittel, extrem schnell vonstatten gehen. Doch wird dieses Geld in keinem Land investiert, das ihm Hindernisse in den Weg legt.

3) Die Geschäftswelt ist ebenfalls eins geworden. Die Firmen, die sie multinational nennen – was sie nicht sind, da ihre Muttergesellschaft stets einem einzigen Land folgt und nur eine

Nationalität besitzt - haben die Fähigkeit, Waren auf einem globalen Niveau zu produzieren und zu vermarkten. Dieser Aspekt bewirkt, dass jedes Land, das sich wirtschaftlich entwickeln möchte, solche Firmen willkommen heißt, um die Menschen dort zu beschäftigen oder heimische Produkte vermarkten zu können. Sollte dies nicht der Fall sein, ziehen die Konzerne einfach in ein anderes Land weiter.

4) Die Kommunikationsmittel zwischen allen Eckpunkten der Welt sind mittlerweile umfassend und in einem Maße miteinander vernetzt, dass es für eine Partei unmöglich ist, sie alle zu kontrollieren. Diese Vernetzung führte dazu, dass die den Menschen vorliegenden Informationen beinahe vereint wurden und dass ihre Meinungen und sogar ihre Geschmäcker fast übereinstimmen.

Dies sind einige der „**Globalisierungsideen**“, für die in den Drittweltländern geworben wird. Das Ziel dieser Werbung besteht darin, dass man - darauf aufbauend – die Notwendigkeit erkennt, ausländische Gelder und Geschäftsvorschläge willkommen zu heißen und den Ratschlägen der Investoren bezüglich Gesetzesän-

derungen und der Privatisierung von Staatsunternehmen folgt, damit diese von ihnen aufgekauft werden können. All dies sei - ihrer Behauptung nach - unvermeidlich, wenn man mit einer Welt Schritt halten wolle, die sich auf eine "**Globalisierung**" der Gelder und Arbeitsprozesse geeinigt habe, ansonsten bleibe man rückständig. Man darf die Folgen dieser Behauptungen, dieser propagandistischen Sophistik unter dem Deckmantel der sie umhüllenden Globalisierung, nicht leichtfertig abtun. Insbesondere nicht in einem Land, in dem Menschen mit Bewusstsein und Verantwortung nur eine geringe Zahl ausmachen und der Großteil mit Unwissenheit belegt ist und sich damit zufrieden gibt, seine Meinung den manipulierten Medien zu entnehmen. Aus diesem Grunde darf es nicht verwundern, wenn wir den Aufruf zur „**Globalisierung**“ mit der missionarischen Invasion im vergangenen Jahrhundert vergleichen. Dieser Angriff ist möglicherweise gefährlicher als der vergangene, da er dieses Mal nicht unter dem Deckmantel der Religion geführt wird, was jedoch schlimmer ist.